

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 30. April 1932

36. Jahrgang

Nummer 18

Riesenbetrug und Basaltwerk

Scharfmacher und Nazifreund

Die Frankfurter „Volksstimme“ berichtet unterm 16. April über einen Vorgang, der alle unsere Verbandsmitglieder sehr interessieren wird. Die Schilderung in der genannten Zeitung ist eine brutale Bestätigung dessen, was wir im Leitartikel des „Steinarbeiter“ Nr. 17 nur kurz andeuteten; doch lassen wir den Bericht selber sprechen:

„Seit mehreren Jahren hat das Basaltwerk Gersfeld (Rhön) des Freiherrn von Waldthausen die deutsche Reichsbahn systematisch und planmäßig in skandalöser und unerhörter Weise betrogen und die Vertreter und Beamten der Reichsbahn besticht und belogen. Die Betrügereien, Bestechungen und Lügeereien, die bis zur allerletzten Gegenwart andauern, sind bereits Gegenstand der Vernehmungen der Eisenbahnkriminalpolizei. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist derart schwerwiegend, daß die Uebergabe der Untersuchung an die Staatsanwaltschaft unmittelbar bevorsteht. Wir fordern strengste Sühne des Riesenbetrugs und vor allem sofortige Verhaftung des Hauptschuldigen, des Freiherrn Dr. Oskar von Waldthausen.“

Am Nordrand der Rhön, in unmittelbarer Nähe der Wasser-Lippe, dem berühmten Eldorado des deutschen Segelfliegersports, liegt idyllisch in Hügel und Wälder eingebettet das kleine Landstädtchen Gersfeld. Wer ein gutes Gedächtnis hat, erinnert sich aus der Schulzeit, daß Gersfeld ebenso wie Hünfeld im Jahre 1866 von Bayern als Siegespreis an Preußen abgetreten werden mußte. Auf preußischem Boden also spielt der Skandal Waldthausen!

Die 1600 Einwohner der Kreisstadt Gersfeld nähren sich mühselig von kärglicher Landwirtschaft, und von ein bißchen Fremdenverkehr, der allzu wenig diese herrlichen Gefilde der Nordrhön erschließen hat. Der Grund und Boden gehört, so weit ringsum der Ort schweift, der Familie von Waldthausen, die vor etwa 30 Jahren dem deutschen Kronprinzen zuvorkam, der ebenfalls sein begehrlisches Auge auf dies schöne Stückchen Erde geworfen hatte. Etwa 2000 Morgen Wald und Ackerland gehören der freiherrlichen Familie, die im Rheinland ansässig war und auch heute noch bei Eisen umfangreichen Felsen- und Grundbesitz ihr eigen nennt. Die Waldthausen fühlen sich als Wohlthäter der ganzen Gegend, weil sie versucht haben, etwas Industrie zu entwickeln. Eine Brauerei, die wieder geschlossen werden mußte, ein Sägewerk und vor allem das berühmte und nun berühmte Basaltwerk Gersfeld (Rhön) gaben den kleinen Landwirten erwünschte Gelegenheiten zu einigem Barverdienst.

Der „Wohlthäter“ ließ seine Arbeiter schuften wie die Teufel und gab den Gequälten und Ausgebeuteten nur einen ganz kärglichen Lohn, der noch weit unter den gewöhnlich heute jämmerlich niedrigen Tariffätzen liegt. 10, ja 12 und 13 Stunden mußten die Arbeiter bei von Waldthausen schaffen für etwa 20 Pfennig Stundenlohn.

Obwohl die Belegschaft 80 bis 90 Arbeiter umfaßt, zählt der Betriebsrat gelegentlich nur 3 Mitglieder. Bei den „Wahlen“ spielte der Alkohol eine Rolle, wie vor dem Kriege bei Reichstagswahlen auf den ostelbischen Rittergütern. Die Arbeiterchaft ist völlig rechtslos. Arbeiterschutz und Unfallversicherungsvorschriften werden von der Werkleitung nicht beachtet. Von den Arbeitern wird auch Ersatz für unbrauchbar gewordenes Werkzeug verlangt. Im Basaltwerk ist sogar, wie glaubwürdig berichtet wird, geschlagen worden. Man hat dort Arbeiter geprügelt, und sie haben es sich gefallen lassen.

Gewerkschaftliche Organisationen werden bei Waldthausen nicht geduldet. Der Betriebsleiter Lang entläßt jeden organisierten Arbeiter. Einen Grund zur Entlassung findet er immer. Er wacht streng darüber, daß kein organisierter Arbeiter eingestellt wird. In den umliegenden Ortschaften werden Späher unterhalten, die die Partei- und Organisationszugehörigkeit der arbeitenden Leute festzustellen haben. „Wer nicht pariert, fliegt“, heißt es bei Waldthausen. Diesen Terror übt Herr Waldthausen nicht nur auf die Arbeiter seines Betriebes, sondern auch auf alle Gewerbetreibenden, Handwerker und kleinen Unternehmer von Gersfeld, die auf keinerlei Auftrag oder Verdienst im Zusammenhang mit den Waldthausenschen Betrieben rechnen können, wenn sie organisierte Arbeiter beschäftigen! Da sie größtenteils von den Aufträgen derer von Waldthausen existieren, müssen sie sich fügen.

So ragt in unser hochkapitalistisches Zeitalter ein Stück Mittelalter unbeschränkter Herrschertums

hinein, das sich auf Riesenbesitz an Grund und Boden, Wald und Wiese und Arbeitsmöglichkeit stützen kann, und die ganze Bevölkerung von Gersfeld und Umgebung in Abhängigkeit erhält. Daß die Beamten des Basaltwerkes und der Forst- und Gutsverwaltung blindlings willfährige Werkzeuge der Leitung sind, versteht sich von selbst.

Herr von Waldthausen ist Nationalsozialist. Vielleicht nicht eingeschriebenes Mitglied. Dazu sei er zu „wendig“, sagt man in Gersfeld. Aber er unterstützt den Nationalsozialismus, wo er kann. Nazis werden bei Waldthausen bevorzugt eingestellt. Waldthausens Forstmeister Feuerborn ist Nazihauptling. Waldthausen ist für sowas „zu fein“. Aber in Waldthausens Reithalle in Gersfeld fanden bis zum Tage des SA-Verbots fortlaufend die Erziehungsbildungen der nationalsozialistischen SA- und SS-Abteilungen statt. Forstmeister Feuerborn geht durch den Betrieb nur mit dem Faschistengruß. Die Arbeiter müssen entsprechend danken, sonst fliegen sie auf die Straße. Der enge Zusammenhang zwischen hochadligem Scharfmachertum und nationalsozialistischem Verbrechergesindel erhellt auch aus der Tatsache, daß der Nazi-

mann Bressel, der in Berlin auf Reichsbannerleute schob, sogleich nach der Tat bei Herrn von Waldthausen als Förster ein Postchen erhielt. Auch nachdem dieser traurige Naziheld zu einem Jahr Gefängnis wegen seiner Bluttat verurteilt war, blieb er gleichzeitig von Waldthausenscher Förster und Gersfelder Nazifanone.

Die Familie von Waldthausen besitzt ein riesenhaftes Vermögen in Gruben, Felsen, Wäldern, Aedern und Industrieanlagen. Der Gersfelder Waldthausen hat zudem eine Millionärin geheiratet. Reichtum kam da zu Reichtum! In zwei großen Gebäuden, die von einem Rielenpark umgeben sind, haufen die Herrschaften mit ihrer Dienerschaft. Das neue Schloß ist mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet worden. Ein halbes Jahr hatten die Stukkateure im Schloß zu tun, um für die junge Gemahlin die „notwendigen“ Umbauten und Herrichtungen vorzunehmen.

Auf diesem Hintergrund üppigen Reichtums, mittelalterlichen Feudalismus, spanischer Ergebenheit mit nationalsozialistischer Begleitmusik spielte sich nun die gigantische Betrugsaffäre ab, die die Gerichte und die Öffentlichkeit noch lange beschäftigen wird. Erst seit 1929 ist das Basaltwerk der Waldthausen in Betrieb. Seit dem 1. Januar 1931 ist es eine GmbH, die von dem Waldthausenschen Besitz völlig losgelöst ist; nur heißt der kaufmännische Direktor und Leiter der Verkaufsabteilung „zufällig“ Dr. Oskar von Waldthausen.

Das Basaltwerk Gersdorf (Rhön) liefert der Deutschen Reichsbahn seit vier Jahren große Mengen Basaltkleinschlag für Gleisbettung. Selbst als andere Basaltwerke wegen Mangels an Aufträgen stillgelegt werden mußten (Westerwald, D. Red.), hatte von Waldthausen noch große Lieferungen von der Reichsbahn übertragen erhalten. Die Lieferung ist an die Reichsbahndirektionen Frankfurt a. M., Stuttgart, Kassel, Oden Augsburg, München, Nürnberg usw. erfolgt. Erst vor kurzem hat das Werk wiederum eine große Lieferung — rund 20 000 Tonnen — für die Gleisbatterneuerung zwischen Fulda und Flieden der Strecke Bebra—Frankfurt a. M. übertragen erhalten. Noch jetzt wird nach Bezirk Stuttgart geliefert.

Die Lieferung des Kleinschlages hat selbstverständlich in einwandfreiem Material zu erfolgen. Die Brechung der Steine in den Brüchen wird von der Reichsgesteinprüfungsstelle in Kassel überwacht. Von dieser Stelle ist vorgeschrieben, in welcher Größe die Brechung der Steine für den Kleinschlag und Lieferung zu erfolgen hat. Waldthausens Steinbruch ist in fünf Sohlen — 1 bis 4 und 1a eingeteilt. Die Lieferung des Kleinschlages darf nur aus Steinen, die in den Sohlen 2 und 3 gebrochen werden, erfolgen. So hat es die Reichsbahnverwaltung durch ihre Gesteinprüfungsstelle in Kassel angeordnet. Trotzdem hat das Werk Steine aus Sohle 1a, die minderwertig sind und viel sogenannten „Sonnenbrand“ und Dreck enthalten, gebrochen und unter den Kleinschlag für die Reichsbahn gemischt und geliefert. Diese Sonnenbrande haben die Eigenschaft, daß sie beim Stopfen des Gleises durch die Bearbeitung mit der Stopfschraube wie Glas zer springen und in Gries zersplittern. Es steht einwandfrei fest, daß den Bahnmeistereien Burghausen, Gersfeld, Hünfeld, Fulda 1 und 2, Flieden 1 und 2 der Strecke Bebra—Frankfurt a. M. Kleinschlag mit Dreck und Sonnenbrand durchgemischt geliefert worden ist. Diese Reichsbahndienststellen haben viel Lieferungen beanstanden und zur Verfügung gestellt. Immerhin konnte nicht jede Wagenladung vor Entladung an der Baustelle auf ihre Güte geprüft werden; dies schien auch oft überflüssig, weil die obere Sohle des Kleinschlages auf den Eisenbahnwagen fast immer einwandfrei war. Die Ausschüttung des Kleinschlages auf die Geleise erfolgt in Selbstentladungswagen, sogenannten Talbotwagen.

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 1. Mai schaut die zerrüttete Welt auf eine Armee von Arbeitslosen, die auf 25 Millionen geschätzt wird. Fast jeder vierte von ihnen ist ein Reichsdeutscher. In der Fülle von Sorgen steht das Problem der Arbeitsbeschaffung und des Unterhalts der Erwerbslosen im Vordergrund.

Nicht nur materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihrer Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualität, auf der zum großen Teil die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht, und die Arbeitslosen insgesamt und die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Uebel aufgehoben und nach Kräften beseitigt wird.

Interessententriebe, die in dieser Not eine Gelegenheit sehen, zurückzusteuern in die für sie so bequemen Zeiten ungehemmter kapitalistischer Willkür, benutzen die verzweifelte Stimmung, um mit der Lösung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören. Zustände und Staatsformen, die ein Volk von Analphabeten eben noch ertragen würde, preisen sie als Heilmittel und Weg zur Befreiung.

Zur Erreichung dieses Zieles scheuen sie sich nicht, Millionen von Arbeitern als Deutsche minderen Grades zu verleumden und so das Volksbewußtsein zu vergiften.

Bei Entladung dieser Wagen stellte sich dann — natürlich zu spät — die Minderwertigkeit heraus.

Trotzdem hat von Waldthausen weitere Lieferungen von der Reichsbahn übertragen erhalten. Man hat ja — ah — ganz fabelhafte Beziehungen! Gegen Kontrolleure waren ständig Posten ausgestellt. Die überwachenden und kontrollierenden Reichsbahnbeamten werden getäuscht, besticht und belogen. Prüfungskommissionen, die die Güte des Materials zu prüfen haben und die Stellen, wo die Steine für die Herstellung des Basaltkleinschlages gebrochen werden, zu kontrollieren haben, werden Herrn von Waldthausen meist mehrere Tage vorher telephonisch vorgemeldet. Von Waldthausen hatte dann Gelegenheit anzuordnen, daß die nach der Sohle 1a liegenden Feldbahngleise weggeräumt wurden, und die dortigen Brüche und das dort liegende minderwertige Material mit Laub oder Gras bedeckt wurde, so daß die frischen Bruchspuren beseitigt wurden.

Um die unverhoffte Kontrolle des Steinbruchs zu verhindern, standen an allen Zugängen Posten, die sogleich Notsignale geben mußten. Die Parole lautete: „Feind in Sicht!“

So fanden die Kontrollkommissionen nie etwas zu beanstanden. Einmal mußten die Arbeiter sich 3 Stunden im Wald verborgen halten, bis „der Feind“ wieder abgerückt war. Die Werkleitung besaß in diesem Fall die Rechte, den Arbeitern diese 3 Stunden von ihrem kärglichen Lohn abzuziehen.

Wie systematisch und durchdacht der Betrug durchgeführt wurde, erhellt aus der Tatsache, daß zur Bestechung der Straßensmeister, die zur Beantragung verpflichtet waren, gelegentlich ein Fäßchen Bier mitverladen wurde. „Bei Bebra ist ein solches Fäßchen vom Himmel gefallen!“ sagte jemand, der gut Bescheid weiß. Die Stelle, wo das Fäßchen „eingebaut“ war, wurde an dem Güterwagen durch die geistvolle Aufschrift markiert:

„Hier liegt der Hund begraben!“

Ein anderes Mägdchen zur Täuschung der Kontrollbeamten war die Verkürzung des Förderseiles um 30 Meter. Es sollte dadurch der Eindruck erweckt werden, daß die beiden höchsten Sohlen 1 und 1a stillgelegt seien. In Wirklichkeit wurde dort darunter gefördert und der Kleinschlag auf die amtlich für einwandfrei befundene Sohle herabgeworfen. Daß auch dieser Betrug bis in die allerletzten Tage fortgesetzt wurde, erhellt aus der Tatsache, daß soeben noch ein Arbeiter bei dieser Gelegenheit am Schulterblatt schwer verletzt wurde.

Was nun? Das lieblich stinkende Dreigeßtirn Scharfmacher-tum, Betrug und Nazipartei, das wir hiermit der Öffentlichkeit bloßlegten, muß zerklüftet werden. Insbesondere gegen Herrn von Waldthausen muß sofort Anklage wegen fortgesetzten wissenschaftlichen und systematischen Betrugs durch die Staatsanwaltschaft erhoben werden.

Die schwersten Vorwürfe gehören der Reichsbahnleitung, die sich nicht nur betrügen ließ, sondern auch gegen den Beschluß des Reichstages gehandelt hat, der sie zwingt, nur solchen Firmen Aufträge zu geben, die das bestehende Arbeitsrecht, Lohnvertrag, Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Unfallversicherungsvorschriften und Koalitionsrecht usw. beachten. Der vom Reichstag angenommene sozialdemokratische Antrag hatte die Reichsbahn angehalten, darauf zu sehen, daß die mit Reichsbahnaufträgen bedachten Firmen ihren sozialpolitischen Pflichten nach jeder Seite hin gewissenhaft nachkommen. Weder Waldthausen noch die Reichsbahn haben diese Pflicht erfüllt. Hier muß ganz energisch durchgegriffen werden!

Wie war das möglich? Fast unfassbar erscheint es, daß eine so gequälte und ausgebeutete Arbeiterchaft den Waldthausen-Schwimdel so lange gebuldet hat. Die Antwort auf dieses Rätsel lautet: Das war alles nur möglich ohne Gewerkschaften! Nur eine gewerkschaftlich unorganisierte und darum ungeschulte und ungeschützte Arbeiterchaft kann sich einem so infamen Naziterror beugen und sich gleichzeitig mitschuldig machen an einem so großen und so schädigen Betrug wie in Gersfeld. Jetzt ist

Damit wird es klar genug, daß die Existenz des Staates selbst aufs stärkste beeinflusst wird von der Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Erwerbslosen.

Das private Kapital hat in dieser harten Prüfungszeit versagt. Von den öffentlichen Gewalten aber müssen wir verlangen, daß sie vor allem durch gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens vierzig Stunden pro Woche und durch öffentliche Arbeiten so viele Köpfe und Hände wie möglich in Lohn und Brot bringen. Jede erlangbare Arbeitsmöglichkeit muß denen verschafft werden, die verzweifelt die Stempelstellen bedürftigen.

In der Erfüllung dieser Aufgabe muß wahre Volksverbundenheit sich zeigen. Die deutschen Gewerkschaften werden nicht aufhören, für dieses Ziel zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die auf eine an Leistung und Opfern reiche Geschichte zurückzublicht, muß und wird in dieser schweren Zeit der Erhellung aller Verhältnisse den Pfad bahnen zu einer besseren Zukunft, zu einer geänderten Wirtschaft, die jedem Arbeit und Brot gibt.

Mehr denn je haben die deutschen Arbeiter und Angestellten in den politischen Kämpfen dieser Lage ihre sprichwörtliche Treue zu ihren Organisationen bewiesen. Sie werden diese erneut zum Ausdruck bringen durch machtvolle Kundgebungen am 1. Mai.

Tretet an in Massen!

Demonstriert für Arbeitsbeschaffung und Bierzigstundenwoche, für Frieden und Völkerverständigung.

Es lebe der Feiertag des arbeitenden Volkes.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

es endlich an der Zeit, daß endlich der Naziterror aus den Betrieben derer von Waldbauhen mit Stumpf und Stil ausgerottet wird.

Die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiterschaft von Gersfeld und Umgebung muß unbedingt sichergestellt werden. Sie müssen von dem unerhörten Druck und der Abhängigkeit von den von Waldbauhen erlöst werden. Fügen sich die von Waldbauhen nicht, dann müßte durch den Staat eingegriffen und der Betrieb in staatliche oder Reichsbahn-Regie genommen werden. Das Richtige wäre die Gesamtenteignung der von Waldbauhen, damit der unerhörte Druck und die Abhängigkeit von der Bevölkerung von Gersfeld und Umgegend genommen wird.

Wieder einmal — so heißt es in dem Bericht in der „Volksstimme“ — ist eine Säule nationalsozialistischer Macht und Herrlichkeit geboren. Früher Dr. Oskar von Waldbauhen steht unter der schweren Anschuldigung systematischen Riesenbetrugs an der deutschen Reichsbahn. Der Mann, der als industrieller und agrarischer Scharfmacher größten Stils eine Schreckensherrschaft in seinem Machtbereich ausübte, hat seit 1929 bis heute mit seinen minderwertigen Basaltlieferungen die Reichsbahn um Riesensummen betrogen. Ein Freund der Nazis, der mit Vorliebe Naziverbrechern Unterschlupf gewährte, der hauptsächlich Nazis beschützte und sie so hundemäßig, wie sie es verdienen, behandelte, sieht seiner Strafe entgegen. Ein Aufatmen wird durch die Bevölkerung des nördlichen Rhöngebietes gehen. Waldbauhens politische Gegner aber werden ein Stück Gerechtigkeit darin sehen, daß diesen Mann jetzt endlich sein Schicksal erreicht. Dem ist noch mit Nachdruck hinzuzufügen, daß dieser Unternehmer der schwer um ihre Existenz ringenden Natursteinindustrie einen Bärendienst erwiesen hat. Vielleicht ist es notwendig und angebracht, durch eine gemeinsame Erklärung aus der Natursteinindustrie von solchen Lieferungsmanipulationen entschieden abzurufen.

Steht die Weltkonjunktur vor einer Wende?

In Deutschland, England, Schweden, Dänemark, den Vereinigten Staaten sind die Leihkäse der Notenbanken herabgesetzt worden. Der Geldmarkt weist also in diesen Staaten, mit Ausnahme von Deutschland, eine bemerkenswerte Flüssigkeit auf. Das englische Pfund steigt seit einigen Wochen ununterbrochen. Gegenüber dem bisher tiefsten Stand von 66 v. H. der Parität ist das Pfund bis auf 76 v. H. gestiegen. Wie schnell sich die innere Lage des Pfundes gebessert hat, geht daraus hervor, daß das Schahamt und die Bank von England in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht weniger als 93 Millionen Pfund Sterling ihrer Auslandsschulden tilgen konnten. Für die Abdeckung des restlichen Betrages sind ausreichende Devisenreserven vorhanden. Eine Erholung der englischen Finanzen ist erkennbar. Die außerordentlichen Schwankungen des Pfundes sind aber für die englische Wirtschaft nicht gesund. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit am 15. Februar zum Stillstand gekommen, immerhin erst auf den Stand von 6,2 Millionen Arbeitslosen. Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes wird jetzt in allen europäischen Staaten einleuchten. Die Eingliederung von Hunderttausenden von Arbeitskräften in den Produktionsprozess ist naturgemäß für die Wirtschaft von nicht geringem Einfluß. Eine Million neuer Verbraucher vermag der Wirtschaft einen fühlbaren Anstoß zu geben. Wird die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes noch künstlich durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung verstärkt, so kann daraus eine leuchtende Entwicklung ihren Anfang nehmen. Ein weiteres Merkmal einer gewissen Besserung kann man in dem Tendenzwechsel bei einigen überseeischen Staaten erblicken. In Argentinien und Brasilien liegen deutliche Anzeichen einer günstigeren Entwicklung vor. Vor allem ist der Rückgang der Geschäftstätigkeit zum Stillstand gekommen, eine gewisse Konsolidierung ist eingetreten.

In den übrigen Staaten sieht es weniger günstig aus. Dabei ist vor allem der Kampf der Nationen um den Weltmarkt ein bedeutungsvolles Symptom. Dieser harte Kampf um den Absatz kann weitgehend als der eigentliche Nährboden für die deflationistische Politik der Volkswirtschaften betrachtet werden. In diesem Zusammenhang schreibt das deutsche Institut für Konjunkturforschung im letzten Vierteljahreshesft u. a. folgendes: „Obgleich es mehr und mehr zur allgemeinen Ueberzeugung geworden ist, daß das dauernde Wechselspiel von Preis- und Lohnsenkung unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Vereinigung mehr bringen kann, sondern nur Kaufkraftschwund sowie Goldwert- und Schuldenerhöhung, so veranlaßt doch der Wettbewerb um den Weltmarkt ab jetzt von neuem deflationistische Maßnahmen.“ Der Kriegsausbruch auf dem Gebiete der internationalen Handelsbeziehungen verhärtet sich in der Tat immer mehr und mehr. Jede Zollerrhöhung des einen Landes ruft eine noch stärkere des anderen hervor. Der Vorteil, den das eine Land zu erzielen hoffte, ist also in kürzester Frist wieder aufgehoben. Das Spiel kann von neuem beginnen. So treibt ein Keil den anderen, ohne daß die Einsicht zum Besseren irgend welche Fortschritte macht.

Indem die Schachzüge in dem Bestreben autarke Wirtschaftsterritorien aufzurichten, der Weltwirtschaft eine Wunde nach der anderen schlagen, häufen sich die Vorräte an den Weltstoffmärkten. Ende des Jahres 1930 waren die Magazine der Welt sicher schon mit gewaltigen Warenmengen gefüllt. Nichtsdestoweniger konnten die Vorräte an den Weltmärkten bis Ende 1931 noch ganz ge-

waltig anwachsen. Dafür einige Beispiele. Der verfügbare Vorrat an Weizen wuchs von 15,8 auf 16,6, Raffee von 1,6 auf 1,9, Steinkohle von 17,4 auf 20,7 Millionen Tonnen, Kupfer von 333 000 auf 500 000, Rautschul von 447 000 auf 580 000 Tonnen. Diese Vorratsvermehrung ist eine Folge der Störung des internationalen Handelsverkehrs durch Zölle, Einfuhrverbote usw. Es sieht also noch sehr schlimm auf einzelnen Gebieten der Weltwirtschaft aus. Immerhin: daß der Schrumpfungprozess in Produktion, Umsätzen, Kaufkraft und Preisen in einigen Ländern sich nicht mehr forsetzte, sondern ein Umschwung zur Besserung erkennbar ist, sollte uns mit der Hoffnung erfüllen, daß nun endlich die Menschheit daran geht, sich aus den Klauen der Deflationsspolitik zu befreien. Es ist noch nicht viel, was an Besserungserscheinungen zu sehen ist, aber auch Weniges vermag Hoffnungen zu erwecken, die die gleiche Wirkung haben, wie das erste Hervordringen der Frühlingssonne. Die geringen Konjunkturbelebungen können sich jedoch nur ausbreiten, wenn die Weltpolitik endlich auf den Punkt der gegenseitigen Solidarität und Hilfeleistung gerichtet sein wird. Hoffen wir, daß die Menschheit im Frühjahr 1932 von dem Glauben der eigenen Kraft wieder erfüllt wird und die Konjunktur sich allgemein und überall bessert.

Die Konzentration des Aktienkapitals

In aller Stille vollzieht sich in der kapitalistischen Wirtschaft neben dem Geräusch der Konzernzusammenbrüche eine Betriebsumstrukturierung, die viel zu wenig beachtet wird. Dem Außenstehenden könnte man annehmen, daß jede Form der Kapitalkonzentration heute durch die gewaltige Erschütterung des Wirtschaftslebens unterbunden ist. Die steigende Zahl der Konkurse und die nicht minder zahlreichen Vergleichsverfahren demonstrieren mit nicht mißverständlicher Deutlichkeit den Grad des Krisenzustandes. Aber das ist nur der täglich sichtbare Teil der Krise, was sich hinter den Kulissen abspielt und gleichsam die Begleitmusik zu dem krampfhaften Bemühen der Kapitalisten abgibt, dem absterbenden Kapitalismus noch Leben einzublasen, wird nur in längeren Abständen sichtbar. Erst jetzt sehen wir wieder aus der amtlichen Aufstellung über die deutschen Aktiengesellschaften Ende 1931, daß die Konzentration des Aktienkapitals in der Krisenzeit bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Kapitalkonzentration bei den Aktiengesellschaften war 1931 stärker als in den Vorjahren. Der durchschnittliche Anteil einer Aktiengesellschaft an dem Gesamtkapital aller deutschen Aktiengesellschaften ist 1931 gegenüber den Vorjahren beträchtlich gestiegen. Darin liegt die in aller Stille sich vollziehende Umstrukturierung des Kapitals, daß auf der einen Seite die Zahl der Aktiengesellschaften immer mehr zurückgeht, während auf der anderen Seite das Kapital dieser Gesellschaften immer mehr steigt. Das führt zu der Vormachtstellung, die eine Reihe großer Gesellschaften heute im Wirtschaftsleben besitzen, woran auch die Krise bisher wenig geändert hat.

Gewiß hatten wir bis 1925 eine Blütezeit für die Gründung von Aktiengesellschaften. Die Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus der Erde, fast täglich entstanden neue. Dann kam die sogenannte „Reinigungskrise“, die auch jetzt noch nicht vorüber ist. Von 1927 bis 1931 verringerte sich die Zahl der Aktiengesellschaften um rund 1500, was bei einem Bestand von rund 12 000 Aktiengesellschaften im Jahre 1927 eine nicht unbeträchtliche Ziffer ist. Opfer der Reinigungskrise sind einzig und allein die kleinen Aktiengesellschaften geworden, während sich die mittleren und großen Gesellschaften vermehrt haben. Die Auslese ist in der von Marx festgestellten Richtung erfolgt, daß die Großbetriebe die kleinen erdrücken.

Auf der anderen Seite steigt gleichzeitig das Kapital. Das deutsche Aktienkapital ist von 1927 bis 1931 um rund 3,1 Milliarden Mark gestiegen. Diese Kapitalerhöhung verstärkte die Wirtschaftsmacht der großen Aktiengesellschaften und schwächte die kleinen in ihrer Konkurrenzfähigkeit. Will man heute Abwägungen treffen, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß durch die Konzentration des Aktienkapitals in einer geringen Zahl großer Gesellschaften die Wirtschaftsmacht sich immer mehr nach der kapitalstärkenden Seite hin verschiebt. Der Besitz eines großen Aktienpakets wird damit gleichbedeutend mit der Verförperung einer beherrschenden Wirtschaftsstellung. Das ist bei der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Laufe der Zeit auch immer deutlicher in Erscheinung getreten.

Nach den amtlichen Ausweisen gab es in Deutschland Ende 1931 10 437 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 24,6 Milliarden Mark. Ende 1927 wurden 11 966 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 21,5 Milliarden Mark gezählt. Das Durchschnittskapital je Gesellschaft erhöhte sich von 1,8 Millionen Mark 1927 auf 2,4 Millionen Mark 1931. Im Jahre 1925 entfiel auf eine Gesellschaft ein Durchschnittskapital von 1,5 Millionen Mark. Daraus geht deutlich die Konzentration des Aktienkapitals hervor.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Geschichte des 1. Mai

Als am 1. Mai 1890 die Arbeiter zum erstenmal wichtige Kundgebungen für die Herabsetzung der Arbeitszeit veranstalteten, lag in den Hauptstädten der Welt das Militär in Alarmbereitschaft. In den Straßen von Paris und in den Alleen Wiens führten Kanonen auf; in den Villenvierteln und Geschäftsstraßen ließen die reichen Bürger die Kolläden herab. Angst und Schrecken ergriff die Bürger, die es nicht begreifen konnten, daß die Arbeiterschaft sich über alle Schranken hinweg einen freien Tag erkrochte. Der Arbeiterschaft lag es völlig fern, blutige Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum heraufzubekommen. Der Sinn der Mäifeier ist ein anderer. Der Beschluß des internationalen Kongresses vom 14. Juli 1889 forderte die Einführung des Achtstundentages, und dafür demonstrierten die Arbeiter.

Den Unternehmern paßte natürlich dieser Beschluß nicht in den Kram. Sie fürchteten um ihren Profit und schlossen sich in festen Organisationen zusammen. In Deutschland entstanden mit einem Schlag 43 neue Unternehmerverbände. Die erste Tat dieser Verbände war die Aufforderung an die Industriellen, alle Arbeiter auszusperrten, die am Montag nicht zur Arbeit erschienen. In Hamburg, in Berlin und Leipzig kam es zu schweren Arbeitskämpfen. Die Unternehmer tauchten schwarze Listen aus über die Mäifeiernden. Im Jahre 1905 drohten sie mit der Aussperrung aller Arbeiter, deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben begannen. Es war die berühmte ABC-Aussperrung. Mit Arbeitslosigkeit sollten die Arbeiter gestraft werden. Im Jahre 1906 ließen die Unternehmer die ersten gelben Gewerkschaften organisieren, um ihre Betriebe bei der Aussperrung der Mäifeiernden weiterführen zu können.

Aber die Arbeiter ließen sich dadurch nicht abschrecken. Der 1. Mai wurde doch gefeiert. Trotz lang der Basler „Vorwärts“ am 1. Mai 1897:

„Wir sind noch arm und sind nicht frei
Und sind noch nicht errettet,
Und feiern doch den ersten Mai,
Als wären wir entsetzt.“

Die „außerordentliche Erregung“ der Unternehmer und ihr Beschluß, „daß die Nachgiebigkeit die Arbeiter nur in ihren maßlosen Forderungen bestärkte“, konnte die Arbeiter nicht wandend machen. Es berührt heute lächerlich, mit welchen Mitteln die Unternehmer eine Bewegung aufzuhalten versuchten, die durch die kapitalistische

Entwicklung bedingt war. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände richtete 1906 an seine Mitglieder die Aufforderung, alle Arbeiter als Ausländische zu betrachten, die unentschuldig aus den Betriebsstätten am 1. Mai fernbleiben. Der Vorstand des 1890 gegründeten Verbandes deutscher Metallindustriellen begann seine Tätigkeit mit der Prüfung der Mäifeierfrage. Der Bund der Arbeitgeberverbände beschloß 1907, daß sämtliche am 1. Mai feiernden Arbeiter auszusperrten seien. Großspurig verkündeten die Unternehmerverbände: „Wenn die Vorzeichen nicht trügen, wird es gelingen, mit Hilfe der Mäiausperrungen in einigen Jahren die Arbeitsruhe am 1. Mai so gut wie vollständig zu beseitigen.“ Die Berliner Plan- und Zellfabrikanten kamen auf den schlaun Gedanken, die Mäifeiernden zwischen Weihnachten und Neujahr auszusperrten; damit wollten sie den Arbeitern das Fest verderben.

Die Gewerkschaften setzten sich von Anfang an mit Nachdruck dafür ein, daß die Mäifeier würdig veranstaltet werden. Der Arbeiter soll an diesem Tage nicht sein ganzes Glend zur Schau tragen, damit macht man beim Bürgertum keinen Eindruck. So entstand allmählich der „Festzug“, und welche Sorgfalt wird auf ihn heute verwendet! Darin spiegelt sich der Aufstieg der erfolgreichen Gewerkschaftsbewegung wieder. Dem Bürgertum konnte dieser Fortschritt nicht verborgen bleiben, aber es verstand nicht, die Wandlung richtig zu deuten. Die Bürger regten sich darüber auf, daß die Arbeiter sich gut anzogen und stolz den Kopf hochtrugen. Eine bürgerliche Zeitung schrieb 1906: „Ein weibliches Mitglied des Arbeitersportvereins fiel allgemein durch ihre Seidenstrümpfe und modernsten Schuhe mit sechs Zentimeter hohen Absätzen auf, wie denn unter den weiblichen und männlichen Demonstranten ein erheblicher Prozentsatz mitmarschierte, der nach sozialistischer Beurteilung des äußeren Menschen das Niveau des Stehtragensproletariats überschritten hat und zu den Speigeln der Speigler und vermögenden Bourgeois zu zählen wäre.“ So genau hat man aufgepaßt, daß man sogar die Höhe der Absätze maßte!

Auch die Gerichte beschäftigten sich sehr eifrig mit den Mäifeiernden. Viele Arbeiter wurden vor die Schranken des Gerichts zitiert, nur weil sie sich herausgenommen hatten, einmal einen Tag ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu verweigern. Solche Gerichtsverhandlungen gaben einen aufschlußreichen Einblick in die Auffassung der Richter und zugleich auch in ihre Unkenntnis. In Breslau sah 1906 die Strafkammer über einen Arbeiter zu Gericht, der am 1. Mai auf dem Arbeitsplatz nicht erschienen war. Von der Verteidigung als Sachverständiger geladen, hatte Professor Sombart über Wesen und Ziel der Mäifeierbewegung auszusagen.

dem gegenüber 1925 erhöhte sich das Durchschnittskapital um rund 60 Prozent. Die Kapitalvermehrung kommt einzig und allein den großen Gesellschaften zugute, die auch zahlenmäßig nicht unwesentlich gestiegen sind. Die kleinen Aktiengesellschaften mit einem Kapital bis 500 000 Mark gingen von 1927 bis 1931 von 7408 auf 6060 zurück, die mittleren Gesellschaften verringerten sich von 3860 auf 3607, während die großen Gesellschaften mit über 5 Millionen Aktienkapital von 698 auf 770 stiegen. Das Kapital verringerte sich bei den kleinen Gesellschaften von 987 auf 861 Millionen Mark, bei den mittleren ging es von 5,8 auf 5,4 Milliarden zurück, bei den großen Gesellschaften stieg es dagegen von 14,8 auf 18,4 Milliarden Mark. 71 Gesellschaften hatten ein Aktienkapital von über 50 Millionen Mark.

Diese Ziffern lassen über die Entwicklung der Kapitalkonzentration bei den Aktiengesellschaften keinen Zweifel aufkommen. Es zeigt sich daran, daß die kleinen Gesellschaften den mit der Krise verbundenen wirtschaftlichen Erschütterungen nicht gewachsen sind. Sie brechen zusammen oder sie versuchen diesem Schicksal durch Kapitalerhöhungen zu entgehen. Bei allen Erschütterungen, denen auch die großen Gesellschaften ausgesetzt sind, sind sie doch die Gewinner aus der allgemeinen Wirtschaftsnot. Daß auch sie bei schlechter Wirtschaftsführung mit in den Strudel der Zusammenbrüche hineingerissen werden, zeigt der Fall „Nordwolle“. Es ist auf jeden Fall immer nur ein mißlungener Versuch der Unternehmer, ihre schlechte Wirtschaftsführung damit entschuldigen zu wollen, daß die Löhne und sozialen Abgaben zu „hoch“ sind. Heute glaubt ihnen das außer den Hitleranhängern kein Mensch mehr.

E. N.

Krise und internationale Sozialpolitik

Das Internationale Arbeitsamt hatte seine Korrespondenten in den einzelnen Ländern aufgefordert, eine Prüfung darüber anzustellen, ob die Krise wirklich Rückschritte im Bereiche der Sozialpolitik ausgelöst habe und ob die Grundzüge der Arbeitsschutzgesetzgebung wesentlich angefaßt seien. Die Antworten werden in dem kürzlich erschienenen Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz zum Ausdruck gebracht. Wir wollen zusammenfassend darüber berichten: In Deutschland haben die Notverordnungen und die übrigen Krisenmaßnahmen lähmend auf die Politik und Sozialversicherung gewirkt. Einschränkungen sind bei der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und bei der Invaliden- und Altersversicherung erfolgt. „Doch war niemals auch nur die Rede davon, die gewissermaßen geheiligten Grundzüge der Sozialversicherung anzutasten.“ — In Großbritannien haben die von der nationalen Regierung geplanten Einsparungen im gewissen Ausmaß auch die Arbeitslosenversicherung berührt. Auch die Kranken- und Invalidenversicherung hat die Rückwirkungen der Krise gespürt. — In Polen ist die geplante Erhöhung der Arbeitslosenversicherung auf Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigten bis 1933 aufgehoben worden. Beiträge und Leistungen der Arbeitslosenunterstützung wurden auf die Höhe des Jahres 1924 herabgesetzt. Die polnischen Gewerkschaften klagen, daß Neigung bestehe, für bestimmte Gruppen den Feststundentag einzuführen und die Frauen- und Kinderbeschäftigung zuzulassen. — In Belgien hat die Krise bewirkt, daß die Verabschiedung des Gesetzes über die Kranken- und Invalidenversicherung verzögert wird. — Aus der Tschechoslowakei wird über einen Rückschritt nicht berichtet. Allerdings ist die Lage der Versicherungsträger, besonders die der Krankentafeln, die Fehlbeträge von 100 Millionen Kronen aufweisen, schwierig. Hier sind insofern Fortschritte zu verzeichnen, da Arbeitsgerichte geschaffen wurden. — In Frankreich ist eine Verschlechterung nicht zu verzeichnen. Es wurden aber auch keine Fortschritte erzielt. Das gleiche gilt für Rumänien. — Aus den Vereinigten Staaten meldet der Korrespondent des IAA, daß in diesem individualistisch gesinnten Lande eine Bewegung zugunsten einer Arbeitsschutzgesetzgebung unter dem Druck der Ereignisse entstehen und sich entwickeln konnte. Zur Zeit liegen rund 100 Gesetzentwürfe über Arbeitslosenversicherung in den Parlamenten von 39 Staaten vor, von denen 5 die Entwürfe bereits angenommen haben. In 16 Staaten sind Entwürfe eingebracht, die auf die Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung abzielen. Durch Gesetz vom 28. Januar 1932 hat der Staat Wisconsin eine Art Arbeitslosenversicherung eingeführt. — In zwei Staaten sind außerordentliche Fortschritte der Sozialpolitik zu verzeichnen: Spanien und Brasilien. In Spanien kann man studieren, wie fruchtbringend eine demokratische Regierungsform auf die soziale Gestaltung hinwirken kann. Es wurden zahlreiche Abkommen ratifiziert. Die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten steht im Brennpunkt der öffentlichen Bestrebungen. — In Brasilien wird ein umfassender Plan für eine Arbeitsschutzgesetzgebung ernsthaft ins Auge gefaßt. Aus den Berichten glaubt der Direktor des IAA schließen zu dürfen, daß die Arbeitsschutzgesetzgebung in ihren Grundzügen in keinem Staate wesentlich geändert wurde. „Trotz einer bisher unerhörten Krise wird in allen Ländern anerkannt, daß die Gesetzgebung im Bereiche der Sozialpolitik gewissermaßen unantastbar ist, werden die Grundzüge des Arbeitsschutzes und der Versicherung erneut bekräftigt. Das ist eine Tatsache von wesentlicher, von geradezu geschichtlicher Bedeutung... Insgesamt hat die Internationale Arbeitsorganisation aus den Ereignissen während der Krise die Ueberzeugung gewinnen dürfen, daß die Sozialpolitik bereits fest und begründet ist, und wenn das Unwetter vorübergegangen sein wird, von neuem zu handeln und zu wachsen vermag.“

Zwischen ihm und dem Vorsitzenden wickelte sich folgendes Gespräch ab: Sombart: „Der erste Mai soll laut Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 eine Demonstration zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages in allen Kulturstaaten sein.“ Vorsitzender: „Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern!“ Sombart: „Aber nein!“ Vorsitzender: „Aber doch in vielen Ländern!“ Sombart: „Nein! Im Gegenteil! Der demnächst von bürgerlicher Seite nach Genf einberufene internationale Kongress muß erst nach den eifrigsten Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern.“ Soviel wußte damals ein preußischer Richter von Sozialfragen.

Das Unternehmertum mußte allmählich einsehen, daß die Mäifeierbewegung durch Gerichte und Polizei nicht mehr aufzuhalten war. Vereinzelt wurden Stimmen laut, die sich für die Berechtigung der Mäifeierbewegung einsetzten. Bereits 1897 schrieb die „Frankfurter Zeitung“: „Es hat den Unternehmern wenig zu kümmern, ob der Arbeiter diesen freien Tag zu einer nach seiner Ansicht vernünftigen oder unvernünftigen Demonstration benutzt, denn ebenso wie er seine politische Meinung wahr, muß er, sofern er recht und billig handelt, auch die politische Ansicht der Arbeiter respektieren.“ Und das „Berliner Tageblatt“ schrieb 1920: „Wäre es, da dieser Festgedanke nun einmal in den Massen wurzelt, nicht klüger, mitzumachen, statt ärgerlich beiseite zu stehen und an einer Prinzipienstarrheit festzuhalten, die nichts nützt?“

Der 1. Mai wurde zum Tag der Heerschau des Proletariats. In Preußen demonstrierte vor dem Kriege die Arbeiterschaft für gleiches Wahlrecht. Auch in Desterreich, Italien und Belgien wurde die Forderung auf politische Gleichberechtigung erhoben. Unter dem Belagerungszustand des Krieges wurden die Mäi feiern meistens verboten. In Neuyork zogen am 1. Mai 1915 über 5000 sozialistische Kinder durch die Straßen und demonstrierten für den Frieden.

Zum Schluß eine Strophe aus dem ältesten deutschen Mäifeiergedicht, das von Karl Frohme zur Mäifeier des Jahres 1890 geschrieben wurde:

„So sollst du, stark in Geisteswaffen,
trotz allem Drang und allem Leid,
am Werke der Erlösung schaffen,
dem die Geschichte dich geweiht.
Und was du dudend unternommen,
glaub' nicht, daß es vergeblich sei —
noch schön'rer Festtag wird dir kommen,
als dieser heut'ge erste Mai.“

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersteh nicht mit hügigem Blut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupfopf heftet sie gehörig an,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Die Arbeitslosigkeit im Winterhalbjahr 1931-32

1931	Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos		
	im Steinarbeiterverband	in der sogenannten Saisongruppe des ADGB	im ganzen ADGB
Ende Oktober	68,4	71,1	37,2
Ende November	77,9	78,2	39,5
Ende Dezember	88,2	84,2	42,8

1932			
Ende Januar	89,1	87,0	44,3
Ende Februar	87,2	88,4	44,9
Ende März	80,7	86,3	45,2
Halbjahresdurchschnitt	81,9	82,5	42,3

Die jeweilige Arbeitslosigkeit im ganzen ADGB mit 100 angesetzt, ergibt für den Steinarbeiterverband und die Saisongruppe folgende Verhältnisfiguren:

1931	ADGB	Saisongruppe des ADGB	Steinarbeiterverband
Ende Oktober	100	192	184
Ende November	100	198	197
Ende Dezember	100	197	206

1932			
Ende Januar	100	197	202
Ende Februar	100	198	195
Ende März	100	192	180
Halbjahresdurchschnitt	100	196	194

Im ganzen gesehen, lag die Arbeitslosigkeit in der Saisongruppe des ADGB einschließlich des Steinarbeiterverbandes fast noch einmal so hoch als die im gesamten ADGB. Im Steinarbeiterverband ging die Arbeitslosigkeit in den Monaten Dezember und Januar sogar noch über das Doppelte hinaus. Erst der März zeigt im Vergleich zur Veränderung in der gesamten Saisongruppe eine wesentliche Abmilderung der Arbeitslosenziffer, wenn auch die Ziffer (80,7) an sich, im Vergleich zur gleichen Jahreszeit der Vorjahre (1931 = 67,1; 1930 = 48,4; 1929 = 32,8; 1928 = 8,4), noch entsetzlich hoch ist.

Erfreulicherweise steht zu erwarten, daß die von den Arbeiterorganisationen geforderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum Teil der Steinindustrie und dem Steinstraßenbau zugute kommen werden. Die organisatorische Erfassung aller von dieser Arbeit berücksichtigten Kollegen ist unsere nächstliegende Aufgabe. Wer die Früchte der Organisation genießt, der ist schon moralisch verpflichtet, zu ihrer Erhaltung beizutragen und aus eigenem und allgemeinem Interesse für ihre weitere Ausdehnung und Stärkung zu sorgen.

* Zur Saisongruppe des ADGB gehören folgende Verbände: Baugewerksbund, Zimmerer, Maler, Steinarbeiter und die Gruppe Grobkeramik des Fabrikarbeiterverbandes.

Sozialpolitische Bedingungen

für die Vergebung von Leistungen und Lieferungen der Reichsbahn im Geschäftsjahr 1932.

Die Reichsbahnverwaltung hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium Bedingungen herausgegeben für die Anfertigung der von ihr herausgegebenen Aufträge, die angesichts der großen Arbeitslosigkeit zwar nicht befriedigend, die aber wenigstens das unhaltbare Ueberstundenwesen beseitigen. Gleichzeitig kommt darin zum Ausdruck, daß Betriebe, die bei Auftragerstellung verkürzt gearbeitet haben, die Arbeitszeit höchstens bis auf 40 Stunden in der Woche verlängern dürfen. Auch hinsichtlich der Einstellung sehen die Bedingungen Bestimmungen vor, die ebenfalls größte Beachtung verdienen. Wir geben daher nachstehend die Bedingungen wieder und bitten zugleich die Kollegenchaft, darüber zu wachen, daß die Bedingungen, zu deren Einhaltung sich die Arbeitgeber verpflichten müssen, im Interesse der arbeitslosen Kollegen beachtet werden, wofür wir im Falle der Mitteilung an uns und die Gau- bzw. Bezirksleitung erbeten.

Die Bedingungen lauten:

I. Arbeitszeit.

Die Betriebe müssen sich verpflichten, die Aufträge der Reichsbahn ohne Ueberstunden auszuführen. Sie dürfen dieser Verpflichtung auch nicht dadurch ausweichen, daß sie zwar nicht bei den Reichsbahnaufträgen, dafür aber bei anderen Aufträgen, die bisher ohne Ueberstunden ausgeführt worden sind, Ueberstunden zu Hilfe nehmen.

Betriebe, die bisher mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet haben, dürfen diese mit Rücksicht auf die Reichsbahnaufträge, wenn überhaupt, so höchstens bis auf 40 Stunden in der Woche verlängern, falls die vergebende Stelle nicht aus besonderen Gründen Ausnahmen zuläßt.

Die Lieferfristen für die Aufträge sind so zu bemessen, daß die Betriebe sie ohne Ueberstunden, oder im Falle des Abs. 2 in der verkürzten Arbeitszeit ausführen können.

II. Verwendung inländischer Stoffe.

Die Betriebe müssen sich verpflichten, für die Aufträge der Reichsbahn ausländische Stoffe nur dann zu verwenden, wenn die vergebende Stelle dies ausdrücklich vorschreibt oder genehmigt.

III. Einstellung von Arbeitskräften.

1. Die Betriebe, die Lieferaufträge der Reichsbahn erhalten, müssen sich verpflichten, die Arbeitskräfte, die sie zur Erledigung dieser Aufträge einstellen, von den Arbeitsämtern aus dem Kreise der unterstützten Arbeitslosen zu beziehen.

2. Für die an Unternehmer vergebenen Bauleistungen gelten folgende Bedingungen:

Bei Vergebung bis 5000 Mark werden dem Unternehmer bezüglich der Beschäftigung von Arbeitslosen keine Verpflichtungen auferlegt.

Bei Vergebung über 5000 bis 30 000 Mark kann der Unternehmer seine vorhandenen Arbeiter verwenden, soweit er neue Kräfte einstellt, muß er diese vom zuständigen Arbeitsamt aus dem Kreise der unterstützten Arbeitslosen anfordern.

Bei Vergebung über 30 000 Mark muß der Unternehmer vertraglich verpflichtet werden, mindestens 50 Prozent der erforderlichen Arbeiter von den Arbeitsämtern aus dem Kreise der unterstützten Arbeitslosen zu nehmen.

Soweit Unternehmer im Betriebe der Reichsbahn Montagearbeiten vornehmen, wird die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft dafür sorgen, daß diese Unternehmer an der Baustelle in möglichst großem Umfange unterstützte Arbeitslose beschäftigen, und wird in jedem Einzelfalle prüfen lassen, welcher Prozentsatz für Stammarbeiter dem Unternehmer an der Baustelle zugestanden werden muß.

Soweit die Unternehmer an der Baustelle Arbeiter einstellen, müssen sie diese von dem Arbeitsamt aus dem Kreise der unterstützten Arbeitslosen anfordern.

IV. Meldungen.

Die Reichsbahndirektionen machen jeweils den zuständigen Landesarbeitsämtern Mitteilung über die in ihrem Bezirk geplanten Vergabungen und Arbeiten, deren Wert 20 000 Mark übersteigt, sowie über Ort, Art und Zeitdauer der Ausführung und Höhe des Kostenbetrages, die Mitteilung erfolgt so rechtzeitig, daß die neu einzustellenden Arbeiter noch vorher vom Arbeitsamt bereitgestellt werden können.

Soweit es sich um Unternehmerarbeiten oder um Aufträge an Betriebe handelt, sind dabei die beteiligten Unternehmer oder Betrietre anzugeben. Die gleichen Mitteilungen leiten die Zentralämter über die in ihrem Bereich zur Vergebung kommenden Aufträge an die Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Ein Kollege berichtet aus Nordamerika (Nähe Newyork)

Vor zirka 6 Jahren ist er ausgewandert und heute löst er sein damals gegebenes Versprechen — einen Bericht zu senden — ein. Unsere Redaktion hat sich darüber sehr gefreut und bringt ihn hiermit den Steinarbeiter-Lesern zur Kenntnis: Endlich komme ich dazu, dir einen kleinen Bericht über die hiesigen Verhältnisse zu geben, die nicht so glänzend sind. Ich erhalte den „Steinarbeiter“ immer regelmäßig und danke euch herzlich dafür, so bin ich doch immer einigermassen über die dortigen Verhältnisse unterrichtet. Ich habe auch die alte Heimat noch nicht vergessen. — Vor allen Dingen war ich sehr erfreut, als ich erfuhr, daß der Nazi vom Dritten Reich bei der Präsidentenwahl unterlegen ist. Wir hörten hier das Resultat abends 7 Uhr am Radio, in Deutschland ist es dann 1 Uhr nachts.

Es sind nun bald 6 Jahre verflossen, seit ich ausgewandert bin, und als ich abreiste, hatte ich den Glauben, hier eine bessere Zukunft zu finden. Aber es sieht nicht so aus, lebe aber immer in der Hoffnung, daß die Zeiten sich ändern. Überall in der Welt ist dasselbe Elend, die Zustände sind hier auch sehr traurig. Die Zahl der Arbeitslosen wird hier geschätzt auf 6 bis 12 Millionen. Dies ist ein großer Spielraum, aber die genauen Zahlen sind nicht



Verbandsstreue

Im Monat März 1932 konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Kollegen auf eine mindestens 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken:

- Murich:** Friedrich Janssen.
- Belgard:** Wilhelm Kringel.
- Blauberg:** Johann Griesbed.
- Breslau II:** Wilhelm Puder. (In der Februar-Beröffentlichung war der Name unrichtig, deshalb wiederholt. Red.)
- Erfurt II:** Adolf Kefler.
- Flensburg:** Heinrich Petersen, Johannes Petersen.
- Germerode:** Karl Großfurt.
- Hamburg:** Friedrich Blunt, August Bredow.
- Hofenau:** Konrad Horthfer.
- Kassel:** Wilhelm Neuhaus.
- Kirchberg i. Sa.:** Wilhelm Schneider.
- Kürnbach:** Wilhelm Alldinger, August Sattler, Friedrich Huber, Karl Müller, Karl Treutle, Gustav Ambruster.
- Koth b. Nürnberg:** Albrecht Bauernfeind.
- Steinberg:** Wilhelm Wannef.
- Wernigerode:** Karl Haupt, August Brubliß.
- Zeitz (Provinz Sachsen):** Richard Weichardt, Paul Friedrich, Theodor Köder, Otto Vogel, Edwin Friedrich.
- Strehlen:** Friedrich Bahr.
- Einzelzahler:** Wilhelm Dillenhöfer, Dorn (Rheinland).

Den Verbandsjubilaren noch nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.



festzustellen. Amtliche Zählungen finden nicht statt. Die Regierung operiert mit möglichst niedrigen Zahlen. Sie schätzt 6 Millionen, während die Gewerkschaften auf 12 Millionen schätzen; ich glaube, daß letzteres richtig ist. Für die Arbeitslosen wird vom Staat so gut wie nichts getan, Arbeitslosenunterstützung gibt es hier nicht. In einzelnen Städten wird etwas an Unterstützung von der Stadt oder auch von Wohlfahrtsvereinigungen gegeben. Unter den Arbeitslosen hier herrscht auch bittere Not, und viele Familien sind dem Hungertode nahe. Auch sind die Unternehmer hier am Abbau der Löhne genau so wie drüben. Zuerst fingen sie in der Stahlindustrie und den Bergwerken an und dieses Jahr (am 1. Januar) sind alle Tarife in der Bauindustrie gekündigt worden. Die Unternehmer fordern hier am Orte 25 Prozent, ja, in einzelnen Bezirken bis zu 40 Prozent Abbau. Die Arbeiter haben dem natürlich nicht zugestimmt und folgedessen sind die Arbeitenden in den meisten Städten ausgesperrt. Auch hier am Orte wurde noch keine Einigung erzielt.

Die Gewerkschaftsbewegung ist hier nicht so wie in Deutschland. Sie stehen hier fast alle sehr weit rechts, sind zum größten Teil unpolitisch und haben auch keine Vertretung im Parlament. Die Federation of Labour, die Vereinigung der Gewerkschaften, stimmte sogar gegen die Arbeitslosenversicherung. Es gibt hier große Massen, die nicht organisiert sind. Die Gewerkschaften wollen auch gar keine Mitglieder haben. Durch die hohen Eintrittsgelder machen sie es fast unmöglich und jetzt in dieser Krise nimmt die Mehrzahl überhaupt keine Mitglieder auf. Durch die Zerstückelung in den einzelnen Berufsorganisationen ist es besonders schwer, Arbeit zu erhalten. Jede Branche ist scharf abgegrenzt. In der Steinindustrie z. B. sind fünf Organisationen, und so ist es in anderen Bezirken ebenfalls.

In unserem Bezirke liegen die Verhältnisse genau wie drüben. Steinhauer werden fast nicht mehr gebraucht, alles wird mit Maschinen hergestellt. Hier ist ein Kalkstein, wird sehr viel verwendet, kommt vom Staat Indiana, wird aber zum größten Teil in den Rücken bearbeitet. Dieser Stein eignet sich besonders für Maschine, ist weich wie Butter. Mit der Maschine werden die schönsten Profile gemacht, mit der Hand nur noch Verkröpfungen und Ecken wo die Maschine nicht hinlangt. So ist die gleiche Situation überall im Lande. In Newyork arbeiten zur Zeit von 1000 Steinhauern — 50. Genau so ist es auch im Straßenbau. Pflastersteine werden in den Städten nur sehr wenig, und für die Automobile tragen gar nicht verwendet. Die Straßen werden zum größten Teil aus Beton und Asphalt, teilweise auch mit hart gebrannten Ziegelfestern gebaut. Die Autostraßen sind hier wunderbar. Viele Straßen sind so breit, daß 3 bis 4 Automobile nebeneinander fahren können. Alles Beton. Da wird ein Fuß ausgehacht, wird grober Schotter, Sand und Zement mit Stahlnecken verbunden und oben auf kommt eine feinere Schicht. Sowie ich beurteilen kann, sind diese Straßenbeden gut und dauerhaft; wie gesagt, auch hier erzieht die Maschine den Arbeiter.

Noch einiges über die politische Situation. Haben hier im Herbst auch Präsidentenwahl; in Betracht kommen nur zwei Parteien, Republikaner und Demokraten. Es ist nun nicht viel Unterschied, welche Partei gewählt wird, beide sind dasselbe, nur haben sie verschiedene Namen. Unter den Arbeiterparteien ist auch hier dasselbe Elend wie in Deutschland. Arbeiter bekämpfen sich gegenseitig, besonders unter den Deutschen. Alle

anderen Nationen halten viel besser zusammen und bewerkeln sich nicht mit Dred. Vor dem Kriege hatte die Sozialdemokratie wenigstens noch einen Vertreter im Parlament; nach der Zerstückelung aber keinen mehr. Die Sozialistischen Parteien sind nicht stark. In Newyork wurden bei der letzten Wahl ungefähr 300 000 sozialistische und 175 000 kommunistische Stimmen abgegeben, dies ist gar nichts bei einer Einwohnerzahl von 7 Millionen. Der Kollblut-Amerikaner kümmert sich herzlich wenig um Politik. Die Hauptsache ist für ihn der Sport; daher auch die schlechten Zustände in der Sozialgesetzgebung. Einzelne Staaten haben eine Unfallversicherung und auch einige haben Altersversicherung, wie im Staat Newyork seit gut einem Jahr. Aber die Einrichtungen sind noch sehr schlecht; keiner hat eine Berechtigung zum Bezüge einer Rente. Nur wer bedürftig ist, da wird großer Schwindel mit getrieben.

Die Schulen sind hier sehr gut, in allen öffentlichen Schulen sind alle Lehrmittel frei, Religion wird nicht gelehrt in der Schule. Das schulpflichtige Alter geht bis zum 16. Lebensjahr. Die Mehrzahl der Kinder gehen noch länger, bis alle Klassen durch sind.

Das verrückteste Gesetz, das hier im Lande existiert, ist das Prohibitionsgesetz (Alkoholverbot). Es besteht jetzt 12 Jahre und wird jedes Jahr schlimmer. Dieses Gesetz hat ein Verbrechen hier gezeugt, wogegen die Polizei machtlos ist. Gangster, Racketeers, Kidnaper, und wie sie heißen, alle sind große bewaffnete Banden, machen ihre Gewinne durch die großen Alkoholschleudungen und von diesen wieder leiten sich andere Raubzüge und Verbrechen ab. In Newyork sind zu Anfang, als das Gesetz in Kraft trat, 10 000 Wirtschaften geschlossen worden, und jetzt sind nach und nach 50 000 Speakeasies (Pflüsterkneipen) wieder aufgemacht, wo alles zu haben ist, natürlich für teures Geld, und was das schlimmste ist, alles mögliche wird als Alkohol zusammengebrannt. Den Alkohol ziehen sie aus den Hartfärtemitteln heraus, und auch aus Holz wird Alkohol gebrannt. Daher auch die vielen Tobesfälle und Blenden. Alles wird geoffen, wenn es nur frucht. Es kommen natürlich auch noch große Mengen vom Auslande. Jeden Tag werden große Mengen beschlagnahmt, und auch Brauereien und Destillationen geschlossen. Aber bei der Sache wird viel Geld verdient. Am anderen Tage werden doppelt soviel wieder aufgemacht. Die Durchführung des Gesetzes kostet viel Geld, und der Staat hat eine große Einbuße durch die Steuern, die ihm in dieser Sache verlorengehen. Alle Gefängnisse sind überfüllt, und es müssen jedes Jahr neue hinzugebaut werden. Das ist der Erfolg der Trodenlegung. Die Massen haben viel versucht, um das Gesetz aufzuheben, aber es ist nicht so einfach, denn es kann nur geändert werden bei einer Majorität von zwei Drittel. Die Bootleger (Alkohol-Schmuggler) wollen keine Aenderung, denn dann ist ihr Verdienst flöten, sie spenden Hunderttausende für die Wahlen, denn Politik wird hier mit Geld gemacht. Auch die Kirche der Baptisten und Methodisten hat große Macht und Einfluß, wenn sie auch nur dem Scheine nach trocken und innerlich nah ist. ...

Der interessante und lehrwerte Bericht schließt mit einem Gruß an die Kollegen in Deutschland.

Fürstenstein. Dem ehemaligen Profuristen, Bürovorsteher der Firma Bornhofen u. Schütz, Leiter der hiesigen Ortsgruppe der Nazis, von Beruf Tischler, Herr Steinbach mit Namen, scheint das Wohl der hiesigen Steinarbeiter sehr am Herzen zu liegen. Um den Arbeitern die Genüsse des Dritten Reiches recht bald zutommen zu lassen, agitiert und propagiert dieser Herr mit Leidenschaft für Gründung von Nazi-Betriebszellen (NSBZ). Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, trommelt er mit seinen willigen Hilfskräften die Leute von nah und fern zusammen. Um die Bearbeitung der Gemüter und die Vorteile dieser einzigartigen Bewegung den Leuten in schön zubereiteter Form und in aller Ruhe beibringen zu können, stellt Herr Bornhofen sein unbenützes Büro zur Verfügung.

An und für sich wäre zu dieser Sache nichts zu sagen, aber vor noch nicht allzulanger Zeit erklärte Herr Bornhofen in einer Betriebsversammlung kategorisch im Bruttton: „In meinem Betriebe werden keine Verbandsbeiträge einkassiert!“. Wie reimt sich das zusammen? Jeder denkende Arbeiter weiß, daß diese Nazi-Betriebszellen nur den Zweck haben, um die Gewerkschaften zu sprengen. Wer noch zweifelt, der lese die Broschüre „Geheim! Geheim! Es ist nur auffallend, daß die Herren Unternehmer so plötzlich für das Wohl und Wehe „ihrer“ Arbeiter so besorgt sind, aber dort, wo es ihre Pflicht ist, nämlich den zu zahlenden Lohn zu zahlen, da sind sie taub. Weil wir im Bayrischen Wald gegenwärtig tariflos sind, glauben sie, nach Gutdünken bezahlen zu können. Aber auch da gibt es Grenzen, denn in diesem Falle kommt der ortsübliche Tagelohn in Frage, und da haperts bei manchen gewaltig. Wir werden uns in nächster Zeit mit dieser Sache näher befassen. Es ist doch nicht zu leugnen, daß die feinerzeitigen Staatsaufträge von der obersten Baubehörde zu dem Tariflohn vergeben wurden. Die Arbeiter aber bekamen ein Trintgeld. Nur ehrlich sein, ihr Herren Unternehmer, dann brauchen wir keine Betriebszellen. Es hat sich bewiesen, daß auch mit Mitgliedern des Zentralverbandes sich ganz gut arbeiten läßt. Eben weil dieser Verband die Interessen der Steinarbeiter vertritt, muß er bekämpft werden, und zwar mit allen Mitteln, ob erlaubt oder nicht.

Kollegen des Bayrischen Waldes, rüftet euch! Wir wissen, daß die Reaktion aller Schattierungen gegen die noch bestehenden sozialen Rechte der Arbeiter Sturm läuft. Es ist nicht wahr, was die Verkünder des Dritten Reiches predigen, daß durch die Notverordnung sämtliche Rechte der Arbeiter aufgehoben sind. Es ist bewusste Lüge, wenn sie sagen, daß nur im falschitischen Staate der Arbeiter glorreich leben kann. Gerade das Gegenteil! Uns zuliebe und zum Wohle würden die Herren Unternehmer sicherlich nicht diese nazistische Bewegung mit Geld und Gut unterstützen. Wenn sie für unser Wohlergehen so sehr besorgt sind, dann müßten ihnen schon längst unsere Hungerlöhne im Bayrischen Wald sehr starkes Alpdücken verursacht haben. Bisher hat aber noch keiner da etwas verlauten lassen. Darum Kollegen auf, heraus aus der Gleichgültigkeit! Schließt die Reihen, hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter, denn Geschlossenheit ist Macht! Erst wenn diese vorhanden, dann ist uns Gewähr gegeben, daß wir unsern erbärmlichen Lohn verbessern können. Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern nur die Existenzberechtigung für uns und unsere Familien.

Charlottenburg. Am 2. April fand die Versammlung der Ortsgruppe Charlottenburg mit der Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz, Gewerkschaftliches und Verschiedenes, statt. Anwesend waren 60 Kollegen und der Bezirksleiter Jäckisch. Nach Verlesung des Protokolls, das anerkannt wurde, gab der Kollege Stübchen einen kurzen Bericht von der Bezirkskonferenz vom 15. März 1932, in der der Vorstand von Groß-Berlin mit den Kollegen Krauseh, Pringall, Lenzie, Baum, Herjurt und Stubbenhagen gewählt wurden. Unter Gewerkschaftlichem wurde über die beiden Anträge der Kollegen Dauer und Hannemann über die Aenderung im Versammlungslokal debattiert. Der Anlaß zu diesen Anträgen gab eine Diskussion des Kassierers Frohloff mit dem Gastwirt. Die Abstimmung ergab: „Aufhebung des Versammlungslokals in der Schloßstraße“ gegen eine Stimme. Das neue Lokal wird von einer Kommission, die von der Versammlung gewählt wurde, gesucht und im „Steinarbeiter“ bekanntgegeben. Unter Verschiedenem schilderte der Koll. Hoffmann die unwürdigen Zustände auf dem Arbeitsamt in der Gormannstraße. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Kommission, die aus den Kollegen Schröder, Frohloff, Stubbenhagen, zu denen sich der Bezirksleiter Jäckisch als Unterprüfung anschloß, gewählt, die im Charlottenburger Rathaus zwecks Arbeitsbeschaffung für das Charlottenburger Steinergewerbe vorzusprechen haben.

Rundschau

Lange Haare — Grund für fristlose Entlassung. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß Frauen sich die Haare kurz schneiden lassen und „Herrenschnitt“ tragen, während Männer stolz darauf sind, möglichst lange Haare zu haben.

Ein Unternehmen hatte einen Lehrling fristlos entlassen, da er sich weigerte, seine Haare kürzer schneiden zu lassen. Der Meister erklärte in den langen und beim Arbeiten ins Gesicht hineinfallenden Haaren eine Unfallgefahr und verlangte wiederholt, daß sich der Lehrling einen anderen Haarschnitt zulege. Der Lehrling weigerte sich und verklagte nach der fristlosen Entlassung den Lehrherrn auf Wiedereinstellung. Das Arbeitsgericht entschied, daß der Lehrherr zur Wiedereinstellung nicht verpflichtet sei, da der Lehrling der wiederholten Aufforderung, sich die Haare schneiden zu lassen, nicht gefolgt sei. Dadurch sei der Grund zur fristlosen Entlassung gegeben.

Der als Sachverständiger hinzugezogene Gewerbeberater betonte, daß der Lehrherr zu seiner Forderung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen sei. § 1200 der Reichsgewerbeordnung schreibt ihm ausdrücklich vor, alle Maßnahmen zu treffen, um die Unfallgefahr herabzumindern. Die Gefahr selbst brauche gar nicht vorzuliegen, sondern allein die Mutmaßung einer Gefahr verpflichte den Lehrherrn, sofort Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Hier aber habe auch die erhöhte Unfallgefahr bestanden, da die Haare den Lehrling an der Sicht behinderten hätten. Lange Haare sind also nicht Privatsache, wie das gegen die Vorschrift kurzen Haarschnitts oft eingewandt wird.

In Übereinstimmung mit diesem Standpunkt des Gewerbebeauftragten bestimmen die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, daß in der Nähe von bewegten Maschinen und Erdbewerkzeugen lose hängende Haare und Zöpfe, freihängende Kleiderteile, Schleifen, Bänder, Halsstüchzöpfe, Fingerringe und dergleichen nicht getragen und Aermel nur nach innen umgeschlagen werden dürfen. Verstöße hiergegen, die leider heute zur Zeit des „Rubikopfes“ nicht selten sind, widersprechen den einfachsten Regeln vernünftiger Unfallverhütung. Die Gefahr, mit langen Haaren in Zahnradgetriebe, sich drehende Walzen und ähnliche Fabrikationseinrichtungen hineinzugeraten, ist recht erheblich, die Zahl solcher Unfälle nicht unbedeutend und ihre Folgen in den Einzelfällen geradezu entsetzlich.

Konjungenossenschaften und Subventionen aus öffentlichen Mitteln. Die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Konjungenossenschaften richten gegenwärtig heftige Angriffe gegen die Verbrauchervereinigungen, weil sich ihre Spitzenverbände — ausnahmsweise und entgegen ihrer grundsätzlichen Einstellung — um die Zurückzahlung der von den Konjungenossenschaften erhobenen Sonderumlage zur Stützung einzelner besonders bedürftiger Verbrauchergruppen bemühen. Die den gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen feindlich gegenüberstehenden Kreise vergessen dabei, in welchem Umfang die Privatwirtschaft die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen hat. Reichsminister Dr. Brüning erklärte in einer am 8. April in Stettin gehaltenen Rede: „Wir haben die Genossenschaften gerettet, wir haben die wirtschaftlichen Unternehmen des Mittelstandes gerettet, wir haben die Großbanken saniert.“ Die Konjungenossenschaften haben bisher keinen einzigen Pfennig aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Beträge, die in der letzten Zeit der Landwirtschaft, der Industrie und den Banken als Beihilfen des Reiches, der Länder und der Gemeinden zugesprochen sind, werden auf über eine Milliarde Reichsmark berechnet. Dazu kommen noch die gewaltigen mittelbaren Leistungen der Allgemeinheit an die durch die Zoll- und Kartellpolitik begünstigten Unternehmungen. Die Gegner der Verbraucherwirtschaft sollten deshalb erst einmal den Balken im eigenen Auge betrachten, ehe sie den Splitter im Auge der Konjungenossenschaftsbewegung suchen.

Die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien. Bei dem Bestreben zur Entlassung der Arbeitslosigkeit eine Art Arbeitsdienstpflicht durchzuführen, wird vielfach auf Bulgarien verwiesen, welches als einziges Land diese eingeführt hat. Daß Bulgarien mit seinem Industriestand verglichen werden kann, zeigt ein Bericht des Sonderkorrespondenten des „F. T.“, Günter Stein, der in Nummer 152 dieses Blattes über die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien folgendes schreibt:

„Die bulgarische Arbeitsdienstpflicht ist eine Art primitiver Besteuerung eines Volkes, das in seinen großen Massen noch fast ohne Bargeld wirtschaften muß. Sie findet andererseits ein Objekt, das in Deutschland nicht vorhanden ist: unkanalisierte Dörfer und Kleinstädte, unreguliertes Flußläufe, weite Gegenden ohne Weg und Steg. Da ist manches Gute geleistet worden, auf kommunaler Basis vor allem; indem sich unter dem Zwange des Staates die Bauernschaft einer Gemeinde zu Arbeiten zusammenschloß, die bei einer anderen historischen Entwicklung bereits vor einem halben oder ganzen Jahrhundert geleistet worden wären.“

In Deutschland gibt es weder unregulierten Flußläufe, noch weite Gegenden ohne Weg und Steg. Bulgarien kann also keineswegs zu einem Vergleich mit Deutschland herangezogen werden.

Die Gewerkschaften sind die stärkste Stütze des Staates. In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ Nr. 29 finden wir eine eingehende Behandlung des Problems Arbeitsbeschaffung. Im Zusammenhang damit kommt der Artikelschreiber auf die Bedeutung der Gewerkschaften in heutigen Staatsleben zu sprechen:

„Man kann sich den Druck, der auf den Gewerkschaften lastet, überhaupt nicht schwer genug vorstellen. Noch reicht ihre Organisationskraft dazu aus, auch den größten Teil ihrer Arbeitslosenmitglieder festzuhalten. Aber von Woche zu Woche kehren sich die Instinkte verzweifelter Menschen immer mehr gegen die Mahnungen zur Barmherzigkeit, die sie von Führern und Funktionären hören. Immer lauter wird der Ruf: „Ihr müßt um jeden Preis etwas für uns tun.“ Es ist nicht nur ein Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie in diesem Meer von Not und Elend ihren Bau erhalten können. Ohne die Gewerkschaften würde der Wille zum Chaos heute in den Massen der Industriebewölkerung die überwältigende Mehrzahl der Köpfe und Herzen beherrschen, und keine Barmherzigkeit käme dagegen auf. Die Gewerkschaften sind Stützen nicht nur der staatlichen, sondern der menschlichen Ordnung im modernen Industriestaat, und sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen hilft, sich zu behaupten. Materiell ist ungeheuer viel geschehen. Die Durchhaltung des Unterstützungswezens in der Zeit der Krise mit allen Abstrichen, die es erlitten hat, ist eine Großtat, für die heute noch der Maßstab fehlt. Aber es ist nicht immer alles geschehen, um zu beweisen und zu unterstreichen, daß die leitenden Staatsorgane die große, schwere, entscheidende Not, die trotz aller Hilfe besteht, als Sorge und Aufgabe jedes einzelnen Tages empfinden. Leipzig hatte nicht so unrecht, wenn er darüber klagte, daß sich bei Regie-

rung und Deffentlichkeit eine Abstumpfung gegen die Arbeitslosigkeit geltend mache.“

Die großen Sorgen der Gewerkschaften an der Gegenwart gehen in der Tat nicht sie allein an. Sie verlangen nicht nach finanzieller Unterstützung, sondern nach Arbeit für ihre Mitglieder. Die Gewerkschaften sind heute die stärkste Stütze des Staates und haben ein Recht darauf, zu erwarten, daß ihre Vorschläge beachtet werden.

„Geschäft ist das Fußballspiel des Lebens.“ Sowohl die Weltwirtschaftskrise wie auch die Krise in den einzelnen Ländern hat sich schließlich so ausgedehnt vermehrt, weil zu viel Wiefmacher in der Welt herumlaufen. Aus diesem Grunde sind Redewendungen beachtlich, die der Berliner „Hörten-Courier“ aus einer amerikanischen Zeitschrift zitiert. Für jedes Land dürfte das zutreffen, was hier ausgeführt wird:

„Der ewige Wehklager ist der Coyote der Wirtschaft, ein schlechendes, lichtcheues Geschöpf, das sich vor der Sonne des Erfolges verkrücht und andere in die Dunkelheit der Nacht scheidet. Ein Mann, der ins Geschäft kommen will, muß Geld dafür ausgeben; das Geld, das er so in Umlauf setzt, vermehrt das Geschäft. Geschäft ist das Fußballspiel des Lebens: die Spieler müssen Hüfte austreten und einstecken. Das klügliche Schauspiel in aller Welt ist der Geschäftsmann, der bewegungslos daliegt und seinen Konkurrenten gestattet, ihn bis zur Bewußtlosigkeit zusammenzutrampeeln! Du wirst nie Deinen Namen in der Ruhmeshalle stehen sehen, wenn Du den Kopf in den Sand der Verweigerung steckst und den Rest Deines Körpers den Tritten des Schicksals darbietest. Wenn Dich ein kranker Mann um eine starke Medizin bittet, dann setz' Dich nicht an sein Bett und sage ihm, daß es keinen Zweck hat, weil er doch sterben müsse. — Sagt man dem Käuferpublikum, daß es bankrott ist, so wird das seine Lust zu neuen Ausgaben nicht steigern. Wenn jeder fünfte Mann dem alten Jammergreis Pessimismus den Hals umdrehte, dann hätten wir 10 Millionen imarte Geschäftsleute in unserm Lande und mehr brauchen wir nicht!“

Der Optimismus und mehr Vertrauen in die eigene Tatkraft wäre in der Tat das einzige Heilmittel, um aus dieser jämmerlichen Zeit herauszukommen.

Ehe und Krise. Im Jahre 1931 betrug in den deutschen Großstädten die Zahl der Eheschließungen 8,7 auf 1000 Einwohner. Sie ist um 1,1 unter den Stand von 1930 und um 1,6 unter den Stand von 1929 gesunken. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bemerkt hierzu: „Diese starke Abnahme der Eheschließungen war, ob mittelbar oder unmittelbar, wohl ausschließlich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt. Auch soweit sie durch Abwanderung junger, heiratsfähiger Männer aus den Großstädten vergrößert sein mag, ist ihre letzte Ursache allein in der allgemeinen Notlage zu suchen.“ Der Bund fürs Leben kann nicht geschlossen werden, weil die Ehepartner einsehen, daß der Aufbau einer Ehe in einer solchen Zeit unmöglich ist.

Für Angriff und Abwehr

Hitler als Gast des Scharfmachers.

Die „Frankische Tagespost“ teilt in Nr. 60 vom 11. März 1931 mit, daß Adolf Hitler nach einer Versammlung in Köln bei dem Oberleutnant A. D. von Bod in Köln-Marienburg „abgeklingelt“ ist. Bod ist Leihhaber der bekannten Kölnisch-Wasser-Fabrik Johann Maria Farina gegenüber dem Jülichplatz. Die Kölner Arbeiterschaft kennt ihn als Scharfmacher und erbitterten Arbeiterfeind, der bei allen Lohnreduktionen immer führend gewesen ist. Also der richtige Umgang für den Führer einer „Arbeiterpartei“!

Nazis wollen aus Metallarbeiterverband austreten.

„Der Freiheitskampf“, das führende Organ der NSDAP, veröffentlichte in Nr. 50 vom 29. 2. 32 ein Schreiben, das die Verwaltungsstelle Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes einem nationalsozialistischen Verbandsmittglied zugesandt hat. In diesem Schreiben wird mit vollem Recht dem Verbandsmittglied die Alternative gestellt, entweder auf seine Verbandszugehörigkeit oder auf die Mitgliedschaft bei der arbeiterfeindlichen NSDAP zu verzichten.

Diese selbstverständliche Pflicht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, seine Reihen von Arbeiterverrättern rein zu behalten, bringt nun den „Freiheitskampf“ ganz aus dem Häuschen. Er veröffentlicht anschließend eine Erklärung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen Sachsens, in der es heißt:

„Jeder Parteigenosse, der zur Zeit noch in diesem famosen Gewerkschaftsklub organisiert sein sollte, wird zur selbstverständlichen Pflicht gemacht, diesem Wellblechladen bis zur Uebernahme durch uns einstweilen den Rücken zu kehren.“

Im Gegensatz zu den Befehlen Hitlers, die die Nationalsozialisten auffordert, in den Gewerkschaften zu verbleiben, um dort „destruktiv“ zu wirken, bricht sich bei seinen Unterführern der Gewerkschaftshaf unzerhüllt Bahn, so daß sie die Nationalsozialisten zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordern.

Diese Erklärung der NSBZ Sachsen ist ein wichtiges Dokument, da darin die Nationalsozialisten selbst zugeben, daß die gleichzeitige Zugehörigkeit zur NSDAP und den freien Gewerkschaften unvereinbar ist.

Arbeit ohne Erwerb im Dritten Reich?

Im „Arbeiterturn“, der Zeitschrift der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (Nr. 2 vom 15. 3. 32) setzt sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow in einem „Arbeit“ überschriebenen Artikel polemisch mit der SPD auseinander. Aus seinen krausen Gedankengängen läßt sich entnehmen, daß er der SPD hauptsächlich zum Vorwurf macht, daß sie niemals von Arbeitslosen spricht, sondern immer nur von Erwerbslosen, das Uebel also darin erblickt, daß Millionen keinen Erwerb haben, nicht aber hauptsächlich darin, daß sie ohne Arbeit sind. Diese Spitzfindigkeiten wären wenig interessant, wenn Reventlow nicht im zweiten Teil seines Artikels versprechen würde, daß der nationalsozialistische Staat allen Arbeit schafft. Allen Erwerb zu versprechen, dazu ist der gräßliche Arbeiterführer doch etwas zu vorfröhlich. Es wird aber den vielen Erwerbslosen von heute gewiß ein Trost sein, aus dem Munde des Grafen Reventlow zu erfahren, daß sie in den Arbeitsdienstlagern des Dritten Reiches unter der Fuchtel ausgedienter Feldwebel exerzieren und arbeiten dürfen, allerdings, ohne einen Pfennig dadurch zu erwerben.

Nazi-Hib-Aktion in Braunschweig zusammengebrochen.

Der Braunschweiger „Volkswirt“ veröffentlicht in Nr. 58 vom 9. 3. 32 eine Uebersicht über den Verlauf der nationalsozialistischen Hib-(Hinein in die Betriebe)Aktion. Sie ist kläglich gescheitert. Die Nationalsozialisten berieten für die großen Braunschweiger Betriebe Betriebsversammlungen ein, die durchwegs nur von Angestellten, betriebsfremden Elementen und vereinzelt Beamten und Horchposten der Gewerkschaften besucht waren. Die Belegschaften der Mag und der Büßing-AG-Werte lehnten zu 100 Proz. den Nazi-Hib-Sput ab. Das gleiche gilt von der Belegschaft der Firma Jüdel. Bei der Firma Voigtländer AG. existiert unter einer Reienbelegschaft ein mit den Nationalsozialisten sympathisierender Arbeiter, ein ehemaliger kommunistischer Funktionär. Die Versammlung für sämtliche Betriebe der Blech- und Konventionindustrie war mit Ausnahme einiger Gewerkschaftsfunktionäre von keinem Arbeiter besucht. Insgesamt hatten sich 68 Personen eingefunden (Zahl der Belegschaft rund 2000), außer dem SA-Saalschutz durchwegs Betriebsleiter, Ingenieure, Konstrukteure, technische und kaufmännische Angestellte, Wertmeister und Pförtner. Die Naziangehörigen hatten zum Teil Familienmitglieder mitgebracht, um den Saal besser zu füllen. Bei den Panther-Werken und bei Grimme-Natalis erschienen zu den Belegschaftsversammlungen insgesamt 39 Personen, auch hier nur Betriebsfremde, Saalschutz und Angestellte.

Die Hib-Aktion ist also auch in der Nazi-Domäne Braunschweig kläglich gescheitert.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berufsammlungen:

Sonntag, 1. Mai:

Spandau. Alle Kollegen treffen sich um 11.30 Uhr im Lokal W. Höpfer, Fiedelsdorfer Straße 5. Jeder zur Stelle!
In Mannheim um 9 Uhr im „Komet“.

Sonnabend, 7. Mai:

In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Jamin, Sophie-Charlotten-Straße 88, Potsdamer Straße.
Die Berufsammlungen finden künftig nur in diesem Lokale statt.

Sonntag, 8. Mai:

In Grünberg um 9 Uhr bei Tschu.
In Stettin, Steinseher und Berufsgenossen zur üblichen Zeit im bekannten Lokal.

In Schwarzenbach a. S. hat sich an dem Streit bei der Firma Morgencier (wegen 20 Prozent unter dem letzten Lohnabbau) noch nichts geändert. Jeder, der Anspruch auf den Namen „Kollege“ erhebt, meidet die genannte Firma.

Bezirk Würzburg: Das Steinegeschäft Anton Bau, Witwe, in Grünsfeld in Baden weigert sich, den Tarif einzuhalten. Der Platz ist deshalb gesperrt, den jeder Kollege unbedingt zu meiden hat.

Reichsarbeitsvertrag für die Marmor- und Grabmalbetriebe. Die am 14. April 1932 gepflogenen Verhandlungen auf Verlängerung des Vertrages mußten ergebnislos abgebrochen werden aus Anlaß der jedes Maß und Ziel überschreitenden Forderungen der Unternehmerverbände. Das Reichsarbeitsministerium hat inzwischen den Schlichter für Bayern, Herrn Hartmann, München, als Sonderlichter bestellt. Beisehnigte Verhandlungsfestsetzung ist gefordert.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Daria das Verbandsbuch Nr. 23 601 für Erich Mißbach, Hilfsarbeiter.

Neue Bücher und Zeitschriften

Proletarierromane. Von Martin Andersen Nerø.
Der Dichter Martin Andersen Nerø ist heute längst über die Gestalt und Bedeutung im Rahmen der proletarischen Literatur hinausgewachsen. Er gehört zu den wenigen, die begründet Anspruch auf den Nobelpreis für Literatur erheben können. Seine großen Romane „Felle der Eroberer“ und „Eine Menschenkind“ zählen zu den epochenmachenden Werken der Weltliteratur. Sie haben wirklich „Epochen gemacht“, nämlich die der Literatur, in der die Arbeiter auftreten, der bemittelte Gegenstand einer sozialen Kunst zu sein, und in der sie selbst ihre Stimme erheben und eine eigene Arbeiterliteratur schaffen. Martin Andersen Nerø hat dieser Literatur nicht nur einen Platz in der großen Halle des modernen Schrifttums gegeben, sondern auch eine Wirklichkeit.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die **Büchergilde Gutenberg** nach den Romanen „Felle der Eroberer“, „Eine Menschenkind“ und „Die Familie Frank“ jetzt einen Band Romane herausgebracht hat: Proletarierromane, in einem gebundenen, Preis 2,70 Mark. Sie legt damit ihre Martin-Andersen-Nerø-Werksausgabe fort, eine verdienstvolle Aufgabe, die sie in musterwürdiger Weise erfüllt.

Ein Buch von Johann bei der Büchergilde. Die zeitweilige Beschlagnahme des bedeutendsten Buches von Johann „Geschlecht und Liebe“ hat nur dazu beigetragen, Erfolg und Verbreitung dieses Wertes zu fördern. Die **Büchergilde Gutenberg**, Berlin, hat sich jetzt in den Dienst der von Johann geführten Arbeit für die Sexualaufklärung gestellt und „Geschlecht und Liebe“ in einer Vorzugsausgabe für die Mitglieder dieser Gemeinschaft wertvoller Buches zum Preis von 2,70 Mark in einem herausgegeben. Dadurch wird das Johannsche Werk, das bisher den wirtschaftlich Schwachen nur in seltenen Fällen zugänglich war, die ihm gebührende Verbreitung finden. „Geschlecht und Liebe“ wurde von dem bekannten Dr. Friedrich Wolf, dem Verfasser von „Ganaki“, als ein „epochales Werk“ bezeichnet, und viele andere haben diesem Buch Johanns glänzende Zeugnisse ausgestellt. Seine Verantwortlichkeit, die Reinheit seiner Einstellung und die aufreißende Kraft seiner Darstellung werden ausdrücklich betont. Die Büchergilde Gutenberg hat mit diesem Buch eine große sittliche Tat vollbracht.

Das Erster Reichslehreprogramm. 10 Punkte zur Reform unserer Rechtschreibung. Beschlossen Ende August 1931 vom 7. Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreißundstraße 5. Ladenpreis 30 Pfennig.

Was ist die Sozialversicherung? Friedrich Schulte. Verlag Soziale Gemeinschaft, Düsseldorf, Postfach 174. Preis 60 Pfennig.
Die vollständige Schrift verdient weiteste Verbreitung, wozu der Preis auch beiträgt.

Anzeigen

Berlin — Maidemonstration

Die Arbeiterschaft Berlins demonstriert am 1. Mai im Lustgarten. — **Sammelstelle der Steinarbeiter ist Bethanienufer (gegenüber dem Gewerkschaftshaus), Abmarsch 11 Uhr.** — Das Erscheinen aller Kollegen mit ihren Frauen wird erwartet.

Das Frühjahr

mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Radsportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschaftsunternehmen, das **Lindcar-Fahrradwerk, AG.**, in Berlin-Lichtenrade zu erinnern.

Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über 600 Rädern. Weit über 200 000 Lindcar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62 Mark ab bewegen, und vor allen Dingen billigste Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsausschüsse des ADGB, alle freigewerkschaftlichen Verbände und etliche tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lindcar-Fahrräder entgegen und übermitteln sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt.

Das Lindcar-Fahrrad ist das Rad des werktätigen Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Auf der Fahrt zum Schrebergarten leistet es, mit Gepäckträger am Vorder- oder Hinterrad versehen, wertvolle Dienste.

Die Kaufbedingungen für die Lindcar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Lindcar-Nähmaschinen sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten.

Unterstützt die Eigenbetriebe!

Kauft Fahrräder und Nähmaschinen vom Lindcar-Fahrradwerk, AG., Berlin-Lichtenrade.

Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Kaiserslautern. Am 4. April der Sandsteinmetz Karl Schäfer, 49 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublunge.

Lübeck. Am 12. April der Steinsetzer Johannes Oistenburg, 74 Jahre alt, 2 Tage krank, Lungenentzündung.

Strehlen. Am 14. April der Hilfsarbeiter Wilhelm Pohl, 64 Jahre alt, 3 Wochen krank, Asthma.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

- Gau: **Frubbernow**, Kr. Cammin (Pomm.) Vorj. u. Kass.: August Promnik.
Judenitzchen. Kass.: Otto Walter, Skötschen bei Goldap (Ostpreußen).
- Stettin II.** Vorj.: Fritz Hübner, Florweg 28.
- Gau: **Chemnitz.** Kass.: Artur Hartmann, Paul-Gerhardt-Straße 58.
- Gau: **Langenstein,** Halberstadt-Land. Kass.: Karl Zimmermann, Nr. 79.
- Gau: **Kasbach.** Vorj.: Peter Jahmann, Oberfashach.
- Gau: **Altendiez.** Postbezeichnung: Diez-Land. — **Beilstein** (Niederrhein). Vorj.: Willi Roos I, Kass.: August Ruff.
- Gau: **Eltmannshausen.** Postbezeichnung: Eschwege-Land.
- Gau: **Heide** (Holstein). Vorj.: Otto Kolbe, Albersdorf (Holstein), Kass.: Heint. Bruhn, Gartenweg 10.

Was eure Väter voll Mühe, was eure Mütter voll Weh ringend und darben gebau, gab auch den heiligen Grund, darauf ihr in feugnender Früh aufsteigt zum fruchtbaren Tag. Seht wie das Licht euch vertraut.

Der Jugend

Seht wie der Kampf eurer harr! Schlechtes noch schreckt euern Schrift, Schatten der Dämmerung sinkt, Zwietracht und niedriger Wahn grauer Vergangenheit starr! Aber ihr fürchtet euch nicht. Seht wie die Zukunft euch winkt!

Beilage Nr. 18

30. April 1932

Jugendmai

Laßt uns nicht weilen, kommt, laßt uns eilen: Jugend herbei! Seht, freudetrunken gleich Himmelsfunken lockt uns der Mai!

Doch nicht nur Jugend auch ernste Jugend die Lösung sei! Ihr sollt erringen, ihr sollt erzwingen den Völkermat!

Heraus in Scharen was jung an Jahren, fröhlich und frei! Laßt Wimpel fliegen, im Winde biegen, grüßet den Mai!

Und ehrt die Alten! Ihr wad'res Walten, daß Freiheit sei, prägt ins Gedächtnis euch als Vermächtnis am Tag des Mai!

Maršieret heute hinaus ins Weite frisch, froh und frei! Laßt hell erklingen auf Sangeschwingen das Lied vom Mai!

Reicht euch die Hände! Jugend vollende! Seid einig und treu! Daß sich vollende zur Völkermende der Weltenmai!

Taeft.

Seid dem Jungkollegen Führer!

Sicher hatten sich die Hakenkreuzler die „Eroberung der Arbeitersele“ leichter vorgestellt als sie ist. Die freien Gewerkschaften haben sich den nationalsozialistischen Schutzbindlern des Kapitals gegenüber als unüberwindliches Bollwerk bewährt. Nicht „ausrotten“ wollen heute die Hitlerianer die Gewerkschaften, weil ihnen das als ein zweckloses Unterfangen allmählich einleuchtet, aber „erobieren“ wollen sie die Gewerkschaften. Und zwar auf dem Umwege über die Betriebe, die mit Hakenkreuzzellen verfeucht werden sollen.

Bei der erwachsenen Arbeiterschaft werden die Apostel der Hakenkreuzlehre damit gehörig abblitzen. Wer wollte denn auch die festgefühten Truhburgen der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer gegen die in Kassendunst gehüllten Nazilüschlöcher eintauschen?

Um so eifriger aber bearbeiten die Nazis den proletarischen Nachwuchs. Offensichtlich geht ihr Streben dahin, zwischen jung und alt in der Klasse der Beschäftigten einen Keil zu treiben. So weit das Jungvolk der Arbeit in den freigewerkschaftlichen Gruppen, in der SAJ oder in der freien Turn- und Sportbewegung organisiert ist, sind diese Versuche der braunhemdigen Gelben glatte Sisyphusarbeit. Wer einmal in den großen Strom der kämpfenden Arbeiterschaft hineingezogen ist, der bildet ein Teilchen der „Eisernen Front“, an der sich die Handlanger des Scharfmachertums ihre Hohlhämmer einrennen werden.

Aber wie steht es um die nicht organisierte Jugend in den Betrieben? Sie wird von den Nazi-Agitatoren eifrigst umworben. Man drückt ihr Klugheitskränze in die Hand und ködert sie für diese oder jene Nazi-Verammlung. Wenn der Jugendliche im Elternhause nicht auf das arbeiterfeindliche Treiben der Hitlerpartei aufmerksam gemacht wird, kann leicht der ebenso fanatische wie blöde „Marzitten“ toller auf den jungen Menschen übertragen werden. Er wird dann in dem neben ihm arbeitenden älteren freigewerkschaftlichen Kollegen einen „Gegner“ oder „marzistischen Völkerschädling“ erblicken. Weil er blindlings glaubt, was die Nazis ihm einblasen, ist bald sein kollegiales Verhältnis zu seinen erwachsenen Arbeitskollegen untergraben. Mißtrauen, Feindschaft und sinnloser Haß auf die Ziele der modernen Arbeiterbewegung greifen in den Hirnen unreifer junger Menschen, deren Selbstgefühl durch die Hitlerianer künstlich hochgehoben ist, leicht Platz. Vor allen Dingen wird dadurch die Möglichkeit, den Jungkollegen früher oder später zu einem satteinsten Freizeitgewerkschafter zu machen, stark verbaut.

Kein erwachsener Freigewerkschafter darf diese Gefahren unterschätzen! Mehr als in normalen Zeiten, wo diese „Gelben“ im Betrieb kaum beachtet wurden, müssen wir uns heute der Jungkollegen annehmen. Sie sind unsere vollwertigen Arbeitsbrüder von morgen, und von ihnen hängt dereinst die Entwicklung der freien Gewerkschaften ab. Da muß jede Gelegenheit benützt werden, über das Denken der jugendlichen Kollegen Klarheit zu schaffen. In den Pausen und auf dem Wege von und zur Arbeit findet immer ein Wort gewerkschaftlicher Aufklärung und Werbung ein aufmerksames Ohr. Machen wir nicht den Fehler, die Jugendlichen als „dumme Jungens“ einzuschätzen, die von den brennenden Zeitfragen „ja doch nichts verstehen“. Die naziotischen „Gelben“ denken genau umgekehrt!

Wer der Jugend in dieser verwirrten Zeit Führer sein will, muß ihr ein Vorbild geben. Stets sind die Freigewerkschafter stolz darauf gewesen, daß in ihren Reihen die Tüchtigsten ihres Berufes organisiert waren. Auch auf die Jungkollegen, bei denen arbeiterfeindliche Heßversuche gemacht werden, wirkt es am überzeugendsten, wenn der Freigewerkschafter, der ihn zu einer vernunftgemäßen Betrachtung der Dinge anleitet, in seiner Arbeit eine vorbildliche Persönlichkeit ist. Wer den jungen Menschen beruflich Wertvolles lehren kann, der hat damit den Schlüssel zum Denken und Fühlen des Jungkollegen in der Hand. Ohne äußere Zwangsmittel verleiht sich so der erwachsene Freigewerkschafter bei der Jugend im Betrieb Autorität. Sein Wort gilt was und die Jugend weiß, daß bei einem geschulten freigewerkschaftlichen Mitkämpfer hinter dem Wort die Tat steht zum Wohle des werktätigen Volkes.

Die proletarische Jugend in den Betrieben soll nicht die Beute abenteuerlicher und verantwortungsloser Hakenkreuzler werden. Dafür werden die erwachsenen Freigewerkschafter in den Betrieben sorgen!

Recht des Lehrlings

Meister ist, der was erfann; Geselle ist, der was fann, Lehrling: jedermann!

Dieser alte Spruch drängt sich uns auf, wenn wir an die vielen Lehrlinge denken, die mit dem 1. April oder schon vorher aus dem Knabenalter hinaus ins Leben treten. Die bürgerliche Weltanschauung verheißt zwar jedem Lehrling den Marzschaff; sie sagt aber nicht, ob genug Arbeitsplätze vorhanden sind, um dem Nachwuchs Aufstiegsmöglichkeiten zu geben. Dazu kommt, daß auch heute noch eine ganze Reihe von jungen Menschen vom Lehrmeister ausgehütet werden. Darum gilt für heute mit doppelter Notwendigkeit die Forderung: Lehrlinge, tretet dem Verbande bei!

Jedem Vater oder Vormund eines Lehrlings sei dringend empfohlen, sich die Vorschriften des § 126b der Gewerbeordnung gründlich anzusehen. Der Lehrvertrag, der möglichst schriftlich abzuschließen ist, muß sorgfältig durchgelesen werden, ehe man ihn unterschreibt. Es ist ratsam, den Vertrag vorher dem Gewerkschaftsfunktionär zu zeigen, damit rechtzeitig Klarheit geschaffen wird. Leider stellen sich meist erst nach der Unterscheidung in späteren Zeiten allerhand Mißbilligkeiten heraus, die man hätte vermeiden können, wenn man rechtzeitig, d. h. vor Abschluß des

Lehrvertrages, sich die Sache richtig überlegt hätte. Eine längere Probezeit als 3 Monate ist unwirksam.

In der Krankenversicherung gelten ungefähr die gleichen Bestimmungen wie für erwachsene Arbeitnehmer. Der Lehrling ist genau so gegen Krankheit pflichtversichert wie der gewerbliche Arbeiter, und zwar auch dann, wenn er ohne Entgelt zunächst tätig ist. Im letzteren Falle erhält er zwar kein Krankengeld, aber die übrigen Leistungen der Kasse. Er braucht im gleichen Falle auch keine Beiträge zu entrichten.

Heutzutage kann auch ein Lehrling vor Ablauf der Lehrzeit arbeitslos werden. Was bestimmt die Arbeitslosenversicherung? Die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer ist versicherungsfrei. Wird das Lehrverhältnis vorzeitig beendet, der Lehrling aber bei einem anderen Lehrherrn auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages mindestens für den Rest der zweijährigen Dauer weiterbeschäftigt, so ist auch diese Beschäftigung versicherungsfrei. Die Versicherungsfreiheit erlischt bei Lehrlingen zwölf Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Die Befreiung tritt nur ein, wenn der Arbeitgeber die vorgeschriebene Befreiungsanzeige erstattet und diese nicht beanstandet wird. Die Anzeige ist mit der Anmeldung zur Krankenversicherung zu verbinden, wenn die Beschäftigung von Anfang an zwar der Krankenversicherung, aber nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegt wie bei Lehrlingen der genannten Art. Wie hoch ist die Unterstützung, die der Lehrling erhält, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind und er unentgeltlich gearbeitet hat? Die unentgeltliche Beschäftigung eines Lehrlings begründet die Zugehörigkeit zur Lohnklasse I.

Krankenunterstützung erhält der arbeitslose Lehrling in der Regel nicht, weil er zumeist das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

In der Unfallversicherung gilt dasselbe wie für alle anderen Versicherten mit einigen Ausnahmen. Wesentlich ist, daß der Lehrling gegen Betriebsunfall und Wegunfall im gleichen Umfange geschützt ist. Die Rente richtet sich nach dem Jahresarbeitsverdienst, den der Verletzte vor dem Unfall gehabt hat. Die Rente erhöht sich mit Vollendung des 21. Lebensjahres.

In der Invalidenversicherung sind Lehrlinge ebenfalls versichert, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Lehrlinge ohne Entgelt sind danach nicht versicherungspflichtig. Daraus ändert auch freier Unterhalt nichts. Anders wird die Rechtslage, wenn dem Lehrling ein nicht unerhebliches Taschengeld gewährt wird. Erhält der Lehrling nicht mehr als 6 Reichsmark wöchentlich, so hat der Arbeitgeber die vollen Beiträge allein zu tragen.

Ebenso wichtig wie der Schutz durch die Sozialversicherung ist für den Lehrling die Zugehörigkeit zum Verband, weil dieser ihm in allen Streitfällen Hilfe und Schutz gewährt. Häufig ist auch der Vater oder Vormund über die Rechtslage nicht genügend unterrichtet. Dann rächt es sich manchmal bitter, daß fehlende Verbandszugehörigkeit zu Verlusten führt, die vermieden werden konnten. Endlich ist auch der Lehrling Arbeitnehmer, wie das Reichsarbeitsgericht bereits entschieden hat, wenngleich die besondere Natur des Lehrvertrages auch andere Momente erzieherischer Art enthält. Jeder Arbeitnehmer muß aber immer eingedenk sein, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß die Vorbedingung für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Schichten ist. Das gilt heute mehr denn je und besonders angesichts der Gefahren, die der Faschismus bringt.

Gewerkschaftliche Jugendbildung

Jugendbildung ist Arbeit für die Zukunft. Die Arbeiterjugend, die nicht das Geld und auch nicht die Gelegenheit hat, sich mit schwerem Wissen zu beladen, muß die wenig gebotenen Möglichkeiten ausnützen, die geistige Schulung und Fortbildung zu pflegen. Dem einzelnen fehlt das Geld, das Wissen sich anzueignen, daß er im späteren Leben ruhig und fest seinen Mann stehen kann. Im größeren Kreise, unter sachmännlicher Leitung, Erwachsener, da kann sich der Jugendliche viel leichter fortbilden. Die Vortrags- und Diskussionsabende in den Gewerkschaften bieten eine günstige Gelegenheit zur geistigen Fortbildung. Aber auch Bücher gehören dazu. Vorträge allein genügen nicht, denn das gehörte Wort vergeht man bald. Daher ist das Lesen von guten Büchern schon eine Notwendigkeit, zumal beim Lesen der Stoff durchdacht werden kann. Die Arbeiterjugend ist leider nicht in der Lage, sich gute Bücher kaufen zu können, sie ist auf die Bibliotheken angewiesen, und deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß auch die Gewerkschaften Bibliotheken besitzen.

Die gewerkschaftliche Jugendbildung erblickt ihre Aufgabe darin, unter Vermeidung aller Umwege und unnötiger Kosten die Jugendlichen mit Wissen zu bereichern. Es soll den Jugendlichen so leicht wie möglich gemacht werden, sich geistig zu bilden. Daß dabei auch der besondere Charakter der gewerkschaftlichen Einstellung zur Geltung kommt, ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Willige und gefügige Arbeitskräfte, die sich Fußtritte gefallen lassen, zu bilden, daran hat die gewerkschaftliche Jugendbildung kein Interesse. Im Gegenteil, wir wollen Menschen bilden, die gegenüber den Unternehmern ihr Recht mit Klugheit und Takt verteidigen. Mit Maulaufreißern wird nichts erreicht, aber wenn der Unternehmer merkt, daß er einen Menschen vor sich hat, der sich nicht dumm machen läßt, dann macht er leichter Zugeständnisse und verjagt einen solchen Arbeiter auch die Achtung nicht. Ein kluger und gebildeter Arbeiter ist den Unternehmern gefährlicher als einer, der sich um nichts kümmert und von der gewerkschaftlichen Organisation nichts wissen will. Daher sind bekanntlich die besitzenden Schichten seit jeher gegen die Arbeiterbildung gewesen.

Mit richtigem Verständnis für die Aufnahmefähigkeit des Menschen wenden sich die Gewerkschaften an die Jugend, die noch ein Leben vor sich hat und Zeit und Mühe, um sich fortzubilden zu können. Manchem Jugendlichen mag es zwecklos erscheinen, wissenschaftliche Bücher zu lesen oder belehrende Vorträge anzuhören. Er sieht den Zweck nicht recht ein und sagt sich, daß er dafür doch keine Verwendung hat. Diese Auffassung ist aus der Lage manches Jugendlichen heraus verständlich, aber sie ist falsch. Zu spät wird er erkennen, daß er seine Jugend nutzlos verbracht hat. Erste Selbstbildung ist oberhalblichen Vergnügungen vorzuziehen. Im Alter treten andere Verpflichtungen an den Arbeiter heran, dann kann er für seine geistige Bildung keine großen Aufwendungen mehr machen.

Wie notwendig die gewerkschaftliche Jugendbildung ist, geht schon daraus hervor, daß auch heute noch der Arbeiterjugend große Schwierigkeiten gemacht werden, an den staatlichen Bildungsanstalten sich fortzubilden. Erinnern wir uns, daß die ersten Arbeiterorganisationen in Deutschland Arbeiterbildungsgesellschaften waren. Die Reaktion ist von Anfang an dagegen Sturm gelaufen. Nur keine Aufklärung der Arbeiter, war ihre Parole. Die Gewerkschaften haben seit ihrer Gründung mit Recht großen Wert auf die Fortbildung der Arbeiter gelegt. Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften erstreckt sich nicht nur auf die Aufklärung der Arbeiter über gewerkschaftliche Organisationsfragen, sondern auch Arbeitsrechts-, Sozialrechts- und Berufsfragen finden in weitgehendem Maße Berücksichtigung. Es wird von den Gewerkschaften auf diesen Gebieten sehr viel geleistet, was von bleibendem Werte ist. Den gewerkschaftlich organisierten jugendlichen Berufskollegen erwächst die Pflicht, im Kreise ihrer Mitarbeiter Aufklärung darüber zu schaffen.

Jugendnot und Jugendhilfe

Groß ist die Zahl der Jugendlichen, die heute ohne Arbeit und Einkommen dastehen. Damit sind alle Gefahren verbunden, die den Jugendlichen aus seiner geraden Lebensbahn herauswerfen können. Solange man jung ist, möchte man sich irgendwie betätigen, und wenn sich die Möglichkeit dazu nicht bietet, gerät man leicht auf die schiefen Bahn. Nachher ist es in der Regel zu spät, wieder in geordnete Lebensverhältnisse zu kommen. Aber es ist heute für die Jugend nicht leicht, um alle Klippen der Verführung herumzukommen. Zu Hause ist sie zumeist nicht gerne gesehen, da die Eltern mit sich selbst zu tun haben, und auf der Straße lauern Gefahren aller Art, die den Jugendlichen zum Verhängnis werden können. Daher tut der gegenwärtigen Zeit nichts nötiger als Arbeitsbeschaffung. Die politischen Jugendherbeher werden bald ab-wirtschaften, wenn es gelänge, Arbeit in großem Umfange zu beschaffen.

Die Gewerkschaften haben es an Vorschlägen nicht fehlen lassen, die wirtschaftliche Krise durch Arbeitsbeschaffung zu überwinden. Sie denken dabei auch an die Jugend, die leelisch und körperlich verkommen muß, wenn sie jahrelang ohne Beschäftigung ist. Sie betrachten es als ihre wichtigste Aufgabe, dort eingzugreifen, wo Menschenleben auf dem Spiele stehen. Leider finden ihre Bestrebungen nur geringe Unterstützung. Die Unternehmer sabotieren jeden vernünftigen Vorschlag, und das Reichsarbeitsministerium hat bisher auf diesem Gebiete eine unbegreifliche Sorglosigkeit gezeigt. Bis heute hat es noch immer nichts darüber ver-lauten lassen, wie es mit der Finanzierung der von den Gewerkschaften geforderten kulturellen Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen steht. Inzwischen vermehrt sich das Elend der Jugend, und fast kein Tag vergeht, wo man nicht von einer Jugendtragödie liest.

Die Wohlfahrtsverbände haben kürzlich auf einer Konferenz in Berlin an die Regierungen folgende Forderungen gerichtet: „Die Konferenz fordert mit allem Nachdruck, daß die Einrichtungen der Jugendhilfe so leistungsfähig erhalten werden, daß ihre Wirksamkeit der steigenden Not gewachsen bleibt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Behörden und Öffentlichkeit auf die Notprogramme, die für die einzelnen Gebiete von den sozialhygienischen Verbänden, von dem Interkommunalen Ausschuss für das Gesundheitswesen, von dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände, von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendberufshilfe und Heilfürsorge, von der deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt aufgestellt sind, und setzt sich für deren Beachtung ein. In einem Staat, der sich und seine Zukunft nicht selbst aufgeben will, muß in Zeiten der Not der Schutz der Jugend an der Spitze aller Hilfsmassnahmen stehen.“

Neben dem Ausbau der Jugendhilfe sind aber heute praktische Maßnahmen notwendig. Diese Maßnahmen müssen sich auf die Erhaltung des Arbeitsplatzes für den Jugendlichen erstrecken. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, die Jugendlichen weiter zu beschäftigen, wenn nicht ganz triftige Gründe die Entlassung notwendig machen. Dies gilt vor allem für die Lehrlinge, die heute zumeist mit der Schließung des Betriebes hinausgeworfen werden. Sie haben einen Beruf angefangen, den sie jetzt nicht zu Ende lernen können, alles ist umsonst gewesen. Warum sollen die Fabriken und Werkstätten leerstehen? Es wäre tausendmal besser, wenn hier sich die Jugend in ihrem Berufe vervollständigen würde, als daß die Werkzeuge verrotten. Auch die Jugendlichen, die keinen Beruf erlernen, können hier unter sachmännlicher Anleitung sich Kenntnisse erwerben, die sie im späteren Leben verwenden können. Damit wäre unseren Jugendlichen schon sehr viel geholfen.

Der Führer der Schwerindustrie, Dr. Bögl, hat kürzlich einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Die Gewerkschaften sind bereit, diesem Vorschlag näherzutreten, wenn die Unternehmer dabei nicht den Hintergedanken haben, auf diese Art und Weise zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Bögl schlägt vor: „Sollte man nicht versuchen, den Jugendlichen eine Zeitlang irgendeine grundlegende Arbeitsschulung zu geben, sei es an Schraubstock und Hobelbank, sei es am Schmiedefeuer oder in der Formerei? Was die jungen Menschen dort lernen, werden sie im Leben immer gebrauchen können, ganz gleich, wie später ihr Lauf sein wird. Die Hauptsache ist, daß wir sie von der Straße kriegen, und ich glaube, gerade die Eltern werden uns auf diesem Wege gern helfen. An und für sich sind die Voraussetzungen für eine solche allgemeine Handwerksausbildung gegeben. Tausende und aber Tausende von Werkstätten stehen frei. Millionen von Werkzeugen sind ungenutzt. Es sind auch genügend Fachleute da, die sich als Lehrer in den Dienst der Sache stellen können. Irgendeine gegenseitige Verpflichtung kann ja leider nicht zustande kommen. Ich denke aber, die Werke werden, wenn man sie richtig vorbereitet, bereit sein, ihre Arbeitsstätten für solche Ausbildung zur Verfügung zu stellen, wenn ihnen keine neuen Belastungen zugemutet werden.“

Dieser Vorschlag ist, wie gesagt, nicht undiskutabel. Er läßt sich verwirklichen, jedoch müssen die Unternehmer die Verpflichtung eingehen, die jugendlichen Arbeiter nicht als Ersatz für die Erwachsenen zu betrachten. Wenn damit die Unternehmer sich billige Arbeitskräfte verschaffen wollen, dann können die Gewerkschaften sich nicht dafür einsehen. Vor allem ist die Sicherung der regulären Lehrzeit und Hilfe für die nach der Lehre entlassenen arbeitslosen Jugendlichen notwendig. Hier sündigen die Unternehmer schwer. Sie werfen bei Betriebsstillegungen und Einschränkungen die Lehrlinge mit auf die Straße und kümmern sich nicht um deren weiteres Schicksal. Was soll aus diesen jungen Leuten werden? Zeit und Geld wurde aufgewendet für die Erlernung eines Berufes, und jetzt sind sie plötzlich arbeitslos. Wehlich geht es den Jugendlichen, die ihre Lehrzeit beendet haben. Niemand will die Ausgelernten einstellen. Bei jahrelanger Arbeitslosigkeit verlernt der junge Gehilfe den erlernten Beruf, er hat keine Gelegenheit, sich darin zu vervollständigen. Bei den jungen Leuten ist, wenn sie keine Betätigung und Fortbildungsmöglichkeit bekommen, in den meisten Fällen die ganze Lehrzeit umsonst gewesen. Niemand will sie, wenn einige Jahre herum sind, in dem gelernten Beruf beschäftigen.

Hier haben die Unternehmer die Möglichkeit, für Abhilfe zu sorgen. Sie können den Vorschlag Böglers in weitgehendem Umfange verwirklichen. Die Gewerkschaften haben gegen die Anstöße, die Lehrlinge und Ausgelernten zu entlassen, schon immer ange-kämpft.

Der 1. Mai!

Der Tag ist unser! Ist nicht die Erde Jugend der Welt! Ein einziger Schrei? Hast du den letzten Schwestern und Brüder Bruder bestellt? Kommt alle herbei!

Tag der Heerschau! Unser der Tag! Die schaffende Kraft, Unser die Macht! Ruft euch zum Bunde, Jugend voran! Der Bruderschaft, Der Maientag lacht.

S. H. E. Büttner.

Unterhaltungsbroschen

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgefeindenes Raß, das jeden anekelt; fetz keine Phylister

Der Schneeball und das böse Wort.
Sie wachsen, wie sie rollen fort.
Eine Handvoll wirft zum Tor heraus,
Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

In einer Welt, in der alles schwanzt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Das mißhandelte Wort „selten“

Wie selten steht am rechten Platz du, kleines Wörtchen „selten“!
Fast Tag für Tag mißbraucht man dich in dieser Welt der Welten!

Man nennt das Wetter „selten schön“, den Einkauf „selten günstig“, spricht von der „selten großen Kunst“ des Künstlers gar inbrünstig.

Ein „selten guter“ Gang gelang der Polizei am Orte, und „selten prächtig“ mundete bei einem Fest die Lorte.

Wie? „selten schön“ und „selten groß“ und „selten gut“ und „— prächtig“? Das m i n d e r t ja ein jedes Lob und wirkt fast — niederträchtig!

Man findet selten etwas gut, doch ist es wirklich selten, so darf man es mit „selten gut“ nicht gar als — schlecht noch schelten!

Ein Lob zu unterstreichen, ward uns „selten“ nicht gegeben. Es hat in seiner seltenen Art für sich sein eigenes Leben!

„Ach, deutscher Sprak ist schwerer Sprak“, so hört man Fremde schelten. — Der Deutsche lächelt, doch er kennt die eigne Sprache — selten!

(Aus der Zeitschrift: Muttersprache.)

Die Apotheke

Wohl mancher Kollege mußte schon gelegentlich in eine Apotheke gehen. Ehrfurchtsvoll überreichte er dem Provisor das von seinem Doktor mit geheimnisvollen Buchstaben beschriebene Rezept. Hierbei wurde ihm bedeutet, das dauere eine gute halbe Stunde, ehe es fertig sei, ob er also demzufolge wiederkommen oder warten wolle. Und weil entweder draußen schlechtes Wetter war, oder er nichts zu besorgen hatte, so setzte er sich nieder und wartete geduldig der kommenden Dinge. Ganz von selbst geschah es wohl nun, daß seine Augen in ihren Höhlen rundum gingen und staunend die Regale und Schränke voll Büchsen, Flaschen und Kästen betrachteten mit all den unerklärlichen lateinischen Aufschriften. Mitunter beobachtete er auch das Kommen und Gehen, sowie die Bedienung der übrigen Kundschaft. Es fiel ihm schließlich auf, daß dieser eine runde Flasche erhielt, jener eine sechseckige, ein dritter eine rechteckige und beim vierten war gar am kleinen braunen Fläschchen ein Totenkopf dran. Wieder einer bekam eine runde oder edige Schachtel, weiße oder graue Salbenröhre oder nur ein schwaches Glasröhrchen. Schließlich kamen so mancherlei Gedanken und ihm wurde bald unheimlich zumute.

Wir wollen uns nun mal im Geiste zu diesem Kollegen setzen und versuchen, sein klopfendes Herz zu beruhigen. Zu diesem Zweck müssen wir ihm die Apotheke mit allem Drum und Dran ein wenig erklären. Da muß ihm zuerst gesagt werden, daß er sich in der Officin — Verkaufsaum befindet, und weil die verordnete Arznei aus einer Anzahl verschiedener Bestandteile zusammengesetzt werden muß, so läßt der Provisor = Apothekerhilfe diese Teile aus den Magazinen = Vorratsräumen holen, um sie im Laboratorium = Versuchs- und Mißraum zu vereinigen. Zufällig war dabei der Restbestand eines Urstoffes verbraucht worden, und er trägt diesen Abgang im Bureau = Verwaltungsraum ein, damit es ergänzt werden soll. Also Doffizin, Büro, Laboratorium und Magazine bilden die Apotheke. Als Vorratsräume gelten auch Tinkturenteller, Extraktbehälter, Kräuterzammer und Giftschrank. Aber bitte nur nicht gleich Angst. Derselbe liegt unter dreifachem Verschluss, die Aufbewahrung der Schlüssel kennt nur der Apothekenbesitzer, und wer geringe Mengen Gift benötigt, muß außer dem ärztlichen Rezept einen behördlich abgetempelten Giftschein abgeben, der etwa 10 Jahre aufbewahrt wird. In den Magazinen finden wir die Grundstoffe, die zur Arzneibereitung erforderlich sind. Schweinefett, Vaseline, Wachs usw. zur Salbenbereitung. Für Einreibungen die verschiedenen Weingeiste, ätherischen Öle und anderes, nicht zu vergessen den Salmiakgeist. Wer schweren Stockhupfen hat, dem sei empfohlen, den Hupfen von einem 60-Liter-Ballon unverdünntem Salmiakgeist zu kuppeln und gleichzeitig direkt über dem Flaschenhals recht tief Atem zu holen. Die Wirkung ist wunderbar. Schnupfen und Experimentierlust sind weg. Weiter sind die verschiedenen Essige und Säuren, Sirups, Zucker, Milchzucker, Honig, Weine, Öle, pulverisierte Pflanzen und Kohle sowie vieles andere noch vorhanden. Doch wenn jemand eine recht große Bulle oder Schachtel erhält, dann möge er nicht glauben, lauter Arznei zu haben, sondern diese wird ihm durch Beigabe von ausreichenden Süßigkeiten erst mundgerecht gemacht. Ja es gibt Arzneien in Pillen- oder Tablettenform, bei denen dringend empfohlen wird, dieselben ungetaut zu verschlucken. Die Kräuterzammer beherbergt alle anerkannten Arzneipflanzen. Wo nur die Blätter Verwendung finden, da sagen wir Folia, die Blüten heißen Flores, Früchte wiederum Fructus, zerleinerte Wurzeln und Hölzer Radix, und wo wir das ganze Kraut nehmen, sagen wir Herba. Werden mehrere Kräuter oder Teile von solchen als Tee gemischt, dann wird es eine Spezies.

Nun treten wir (ebenfalls im Geiste) in das Laboratorium und schauen uns die Handierungen an. Auch hier finden wir viel merkwürdige Ausdrücke. Wird etwas als Purum bezeichnet, so ist es noch rein und ohne Zusatz; also der Urstoff. Sobald wir es verdünnen, dann haben wir ein Dilutum, und geht die Verdünnung weiter nach bestimmtem Schema, so machen wir Potenzen. Wird der Stoff mit Milchzucker verrieben, nennen wir es Triturum, und ist die Arznei in Form von kleinen Kügelchen, da sagen wir Globulum. Wohingegen die in runde, flachrunde oder gleichmäßig schwache Formen gepressten Präparate Pillules, Rotulus oder Tabletten genannt werden.

Unter Aufsicht eines Provisors werden Abfüllungen aus größeren in kleine Flaschen vorgenommen. Uns fällt auf, daß dies alles ohne Benützung eines Trichters geschieht, sie scheinen verpönt zu sein; dem ist auch so. Weiter stellen wir verschiedene Flaschenarten fest. Der eine Arbeiter füllt in lauter ungefarbte sechseckige Flaschen, die auf drei Seiten gerippt sind. Somit hat er Arznei, die nur „äußerlich“ verwendet werden darf. Ein anderer nimmt rechteckige Flaschen, demnach hat er eine Medizin zum „Einnehmen“, die auf Grund einer Vorschrift des pharmazeutischen

Kreisvereins in größeren Mengen hergestellt wird. Wir sehen auch ungefarbte runde Flaschen, in diese kommen solche Arzneien zum „inneren“ Gebrauch, die auf Rezept direkt angefertigt werden. Giftige bzw. ägende Sachen werden entweder in braunen Flaschen verpackt, oder ungefarbten edig-gerippten, mit rotem Rand um das weiße Etikett. Für Säuren gibt es besondere Flaschen, wie auch für die verschiedenen Spezialpräparate. Salbenröhren aus Ton oder Pappe sind für den „Kassenpatienten“ bestimmt, der „Privatpatient“ erhält sie in besserer Ausführung. Ebenso ist es mit Pulverschachteln und verschiedenen anderen, wo der soziale Unterschied bereits in der Form und Farbe erkenntlich ist; natürlich auch im Preis. Unser Kollege macht uns auf ein Mädchen aufmerksam, das aus einer Kiste eine ganze Menge von Flaschen, Schachteln, Päckchen, Röhrchen, Tuben usw. auspackt. Wir erklären ihm, daß dies eine Sendung der „Hageda“ = Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker sei und durch diese von den gemischten Fabriken fig und fertig bezogen wurde. Der Kollege kuckt darüber und will mehr wissen. So sagen wir ihm denn folgendes: Wenn irgendein Professor oder Geheimrat auf dem Gebiete der Medizin eine Erfindung gemacht hat, die annehmbaren Gewinn verspricht, dann kauft sich das Chemiefapital auf diesen guten Mann, erwirbt seine Rezepte, läßt sie patentieren, macht ihn schließlich zum Aktionär und ständigen Mitarbeiter, um mit der nötigen Kellame das Mittel der kranken Menschheit zu empfehlen. Für die Beseitigung so mancherlei Beschwerden ist gesorgt. Auch der Kranke selbst kann viel zu seiner Genesung beitragen, nämlich wenn er fest davon überzeugt ist, daß ihm seine Arznei hilft, dann steigert er bestimmt ihre Heilwirkung. Durch die gemischten Fabriken werden etwa $\frac{1}{10}$ aller Medikamente hergestellt, und die Apotheke verkauft sie nur. Weitere $\frac{9}{10}$ werden nach den Vorschriften der pharmazeutischen Kreisvereine in der Apotheke selbst in größeren Mengen angefertigt und ständig vorrätig gehalten. Nur das übrige wird auf Rezept direkt zusammengelekt. Da wundert sich unser Kollege, warum so viele Leute warten und wiederkommen sollen. Hier sind verschiedene Gründe maßgebend. Es kann sein, daß die Ärzte des betreffenden Ortes mehr ihre eigene Medizin zusammenstellung bevorzugen. Möglich ist auch, daß der Herr Doktor recht unleserlich geschrieben hatte und daher vorsorglich schnell telefonisch angefragt wird, um keinen Fehler zu machen. Mitunter ist ein Medikament nicht am Lager, und man sagt dann wohl zum Patienten, das wird erst nachmittags um $\frac{1}{2}$ Uhr fertig, obwohl es als Expressgut mit der Bahn kommt. Schließlich kann ja auch der Publikumsverkehr dadurch gesteigert werden, und nicht zuletzt kann man verhindern, daß die Apotheke nicht zum gewöhnlichen Kaufhaus herabgewürdigt wird. In manchen deutschen Bundesstaaten, z. B. Preußen, tritt die Verzögerung in der laufenden Bedienung meist dadurch ein, daß der Apotheker verpflichtet ist, die Rezeptabgabe an dem Arzneigefäß anzubringen. Dies müßte eigentlich allgemein durch Gesetz eingeführt werden, hauptsächlich aber bei Bekäubungsmitteln, die der Arzt zu feinen operativen Eingriffen braucht. Er könnte sich stets überzeugen, ob der Inhalt dem Rezept entspricht. Manche Verwechslung, Zufall oder Unfall könnten dadurch verhindert werden. Unser Freund ist durch die Erzählung ganz wißbegierig geworden und möchte noch vieles über die Zusammenstellung und die deutschen Namen der Arzneimittel erfahren. Doch das muß vorläufig Geheimnis bleiben. Alles können wir jetzt nicht verraten, vielleicht später einmal mehr hierüber. Zu unserem Bedauern müssen wir jedoch die Unterhaltung abbrechen, denn mittlerweile ist die Medizin für unseren Kollegen fertig geworden. Aufatmend, noch ganz benommen von der ungewohnten Beschaulichkeit, erhebt er sich und nimmt sie in Empfang. Er bekommt eine Flüssigkeit zum „Einnehmen“ und eine Salbe. Leise flüstern wir ihm schnell noch zu, daß man die erste Liquor nenne und letztere Unguentum. Hoffnungsvoll mit neuem Lebensmut tritt nun unser Freund den Heimweg an. Abschiednehmend drücken wir ihm im Geiste noch herzlich die Hand und wünschen ihm gute Besserung.

Die freie Natur als Lebensquelle

Jeder preußische Staatsbürger, der das 100. Lebensjahr vollendet hat, wird seit 1925 von der Staatsregierung durch ein Geschenk besonders geehrt. Bis Ende 1931 sind 141 Personen dieser Ehrung teilhaftig geworden. Im Durchschnitt wurden also 18 Personen im Jahr über 100 Jahre alt. Bei 128 Personen war der Geburtsjahrgang genau festgestellt. Somit ergibt sich ein Durchschnitt von 3,4 Hundertjährigen auf eine Million Einwohner. Auf Ostpreußen entfallen 15,5 und auf die früheren Provinzen Posen und Westpreußen sogar 18 Personen auf je eine Million Einwohner. Die alten Leute waren in den meisten Fällen Landwirte oder landwirtschaftliche Arbeiter. Daraus ergibt sich die lebensverlängernde Wirkung der Beschäftigung in der freien Natur. Auf die Rheinprovinz entfallen nur 1,0 und auf die Stadt Berlin sogar nur 0,3 Hundertjährige auf eine Million. Von 122 Hundertjährigen in Preußen stammen 31 oder rund ein Viertel aus Städten und 91 oder rund drei Viertel vom Lande.

Was lesen unsere Frauen?

Es ist etwas Natürliches, daß das geistige Interesse bei den Menschen, die in einer großen sozialen Bewegung stehen, anders ist als das Interesse jener Menschen, die mit der Gegenwart zufrieden sind und an eine Ueberwindung dieser Wirtschaftsverhältnisse nicht glauben.

Am so auffallender ist es, daß diese Verschiedenheit des Interesses bei den lesenden Frauen nicht zum Ausdruck kommt. Nach den Untersuchungen von Bibliotheksdirektor Dr. W. Hofmann deuten sich die Interessengebiete der Frauen, aus welchen sozialen Schichten sie auch stammen.

Das ist eine Feststellung, die uns vermuten läßt, daß die soziale Literatur den Frauen noch nicht alles bietet, wonach sie suchen. Es scheint so, als wenn die Seele der Frau von der modernen sozialen Literatur noch nicht erfüllt würde. Frauen wollen nicht nur geistige Erkenntnis, sondern sie wollen zugleich Befriedigung ihres Gemüts. Eine Frau will auch warm werden an einem Gedanken. Sie will einen Gedanken auch lieben können. Sie will mit der Wissensbereicherung zugleich eine innerliche Bereicherung. Das Erkennen muß auch an ihre Seele rühren.

Hier zeigen sich dem modernen Kulturschöpfer wichtige Wege, die zur Zukunft führen. Denn eine Zukunft ohne ein innerliches Erfassen der Frau gibt es nicht.

Nicht nur deshalb, weil die Frauen in noch größerer Zahl als die Männer vorhanden sind. Auch wegen der Bedeutung der Frau als Mutter, als Erzieherin und Bildnerin der Kinder. Eine Mutter, in deren Herz der sozialistische Gedanke gezündet hat, wird diesen Funken in Liebe hineinlegen auch in das Kind.

Aber auch für die Masse der Männer ist das Erfassen der Frau wichtig. Wir wissen es ja alle aus der gewerkschaftlichen Kleinarbeit, wie sehr die Frau oft ein Hemmnis der Bewegung ist, statt eine Kameradin des kämpfenden Mannes zu sein.

Und damit berühren wir auch die Frage, welche Mittel und Wege etwa zu suchen sind, in noch stärkerem Maße als heute die Frau auch in ihrer ganzen Persönlichkeit einzufügen in die gewerkschaftliche Bewegung und den sozialen Kampf.

Die eheliche Fruchtbarkeit in verschiedenen Ländern

Der Geburtenrückgang ist in den meisten Ländern zur Tatsache geworden. Die Bevölkerungszunahme geht viel langsamer vor sich als vor 20 oder gar 50 Jahren. Im neuesten Heft der Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ bringt Ernst Kahn aufschlußreiche Berechnungen von 22 Ländern. Nach der Kinderzahl geordnet steht der irische Freistaat mit 4,40 Kindern je Ehe an der Spitze. Es folgen Japan mit 4,13, Spanien mit 3,90, Italien mit 3,66, Polen mit 3,40 usw. Etwa in der Mitte bewegen sich Oesterreich mit 2,50, die Tschechoslowakei mit 2,40, Dänemark mit 2,35, die Schweiz mit 2,23, Frankreich mit 2,18, England mit 2,0. Die niedrigsten Geburtenziffern haben Belgien mit 1,99, Deutschland mit 1,96 und die Vereinigten Staaten mit 1,88. Nach der Geburtenziffer geordnet stehen die Länder Ukraine mit 34,0, Japan mit 33,0, Polen mit 32,8, Bulgarien mit 30,1, Spanien mit 29,0 und Italien mit 26,0 je 1000 Einwohner an der Spitze. Von 22 Ländern bewegen sich 15 unter dem Durchschnitt von 23,7. Darunter die Tschechoslowakei mit 22,7, Frankreich mit 18,1, USA mit 18,9, Deutschland mit 17,5, die Schweiz mit 17,1, Oesterreich mit 16,8, England mit 16,3 und Schweden mit 15,4. Setzt man das Verhältnis der Geburten zu den Heiraten für 1913 = 100, so beträgt heute die Kinderzahl je Ehe in Japan 103,3, Frankreich 90,5, Italien 87,1, Holland 79,0, die Schweiz 68,8, Schweden 56,0 und Deutschland 53,8. Der Rückgang der Geburtenzahl Deutschlands fällt besonders auf. Die Länder mit katholischer Bevölkerung sind neben den Japanern am fruchtbarsten. Jedemfalls ist die Abneigung gegen das Kind eine internationale Erscheinung. Der kulturelle Höchststand einzelner Länder wird gekennzeichnet durch die Säuglingssterblichkeit. Diese war am höchsten in der Ukraine mit 15,7, es folgen Japan mit 14,2, Spanien mit 12,3, Italien mit 12, in Deutschland beträgt sie 9,6, in Holland 5,9 und in Schweden 5,7. In der Ukraine, also in einem gelobten Lande Sowjetrußlands, sterben dreimal soviel Säuglinge wie in Schweden. Der Geburtenrückgang ist zu einem internationalen Problem geworden.

Rund um den Film

Mit der fortschreitenden Verarmung und Verelendung breiterer Schichten des Volkes gewinnt das Problem der darstellenden Kunst, vor allem also des Films und des Theaters einschließlich Oper und Operette erhöhte Bedeutung. Wir wollen uns seiner Lösung hingeben; die Privattheater sind am Ende ihrer finanziellen Kraft und die staatlichen und städtischen Theater sind in ihrer Existenz schwer bedroht, weil die zu ihrer Unterhaltung notwendigen Mittel für dringenderen Aufgaben, für die Erhaltung des nackten Lebens notleidender Menschen unbedingt gebraucht werden. Die Bevölkerung selbst hat kein Geld mehr zum Besuche von Theatern; vielleicht auch nicht mehr die innere Spannkraft, sich auf „große Kunst“ zu konzentrieren. Man will wohl abgelenkt und zerstreut werden, aber nicht innerlich „erhoben“. Von diesen beiden Faktoren, von dem äußeren Umstand des Geldmangels und von dem inneren Zerissenheit ist wohl die Abwanderung vom Theater zum Kino am entscheidendsten beeinflusst worden... Unsere Pflicht ist es jetzt, dem Kino mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher und durch unsern Einfluß dafür zu sorgen, daß dieses neben der Presse wohl einflussreichste Beeinflussungs- und Werbemittel mit seiner Macht nicht Mißbrauch treibt.

Wie schwer das seit wird, kann nur der ermessen, der die Geschichte des Filmes von seiner Schöpfung bis in die Jetztzeit aufmerksam verfolgt hat. Gerade als der stumme Film sich zu einer bestimmten Kunstform entwickelte, wurden Tonfilm und Farbfilm der Öffentlichkeit zugeführt und schufen neue Verwirrung in dem sich langsam ordnenden Chaos „Filmkunst“. Der Tonfilm als Ganzes und die Tonfilme im einzelnen stehen trotz der teilweise recht beachtlichen Leistungen auf diesem Gebiet noch immer im Anfangsstadium; es ist ein Laufen, Fühlen, Suchen und Versuchen, das nicht nur die Filmschöpfer und Filmunternehmer unsicher macht, sondern auch die „Konumenten“, also uns Kinobesucher, und vor allem auch die Prüffstellen. Wahrscheinlich sind darauf auch einige der ganz unverständlichen Filmzensurierungen der letzten Zeit zurückzuführen.

In dieser Zusammenhang gewinnt auch das Problem des politischen Werbefilms erhöhte Bedeutung. Zwei politische Richtungen und eine religiöse sind es, die es meisterhaft verstanden haben, den Film in den Dienst ihrer Ueberzeugung zu stellen. Das ist auf politischem Gebiet die Parteigruppe der vereinigten Reaktionsäre, die durch die Verhimmelung der guten alten Zeit versuchen; eine Mißstimmung gegen das „gegenwärtige System“ zu erzeugen; das sind auf der anderen Seite die Kommunisten, die durch den sowjetrußischen Film ihre Ideen außerordentlich geschickt zu fördern verstehen. Auf religiösem Gebiet ist die katholische Kirche zu nennen, die ganz unauffällig religiöse und kirchliche Dinge in anscheinend ganz neutralen Filmen zur Darstellung bringt und so sehr stark auf den Kinobesucher zu wirken in der Lage ist.

Von den politischen Werbefilmen — das sei neblös anerkannt — stehen künstlerisch die Sowjetfilme auf der höchsten Stufe. Wie umfangreich die sowjetrußische Filmproduktion und damit die Werbung für die Ideenwelt des Sowjetstaates ist, geht aus der nachstehenden Liste von Sowjetfilmen hervor, die gegenwärtig, im Frühjahr 1932, laufen. Es handelt sich um folgende Filme: Symphonie der Steintohle (Enthusiasmus) — Der Weg ins Leben — Allein — Thomy — Der mechanische Berräter — Der blaue Eppeß — Der stille Don — Die Erde durstet — Die Post — Kampf um die Erde — Judas — Die Schlacht des Lebens — Arsenal — Turfsib — Nomaden — Städte und Jahre — Der Mann, der sein Gedächtnis verlor — Aina — Das Fest des heiligen Jürgen — Die Erde — Anusch — Der Affe und der Mensch — Der Kubifon — Jim Schuante — Der Jgennerrunge — Kranke Nerven — Jgdenbu, der große Jäger — Mirabeau — Das Weib des Gardisten (Jhr Lebensweg) — Karmeljuk — Feuertransport — Eliso — Der Sohn seines Landes — Die fremde Frau — Rain und Artem (Das Lied vom alten Markt) — Menschenarsenal u. a.

Für das Jahr 1932 sind folgende sowjetrußischen Filme in Angriff genommen worden: Die Glücksgasse — Snapper — Das veränderte Gesicht — Joan — Die Bräute — Angst — Die Helden des Betons — Schmiede — 26 Kommissare — Das Gedanken (Leninfilm) — Laufband der Epoche — Die Unversität — Freunde der Ehre — Der Weg zum Norden — Der Kampf geht weiter — Das tote Haus — Sturmstärke 12 — Das Lied — Aufstand der Fischer — Prosperität — Sonnenaufgang im Westen — Horizont — Vaterlandsverräter usw.

Diese Zusammenstellung der sowjetrußischen Filmtitel will mehr sein als nur eine Liste; sie will zeigen, welche Bedeutung der politische Film haben kann und wie notwendig es ist, das Feld nicht nur den reaktionären und den sowjetrußischen Filmen zu überlassen, die neben nichtsagenden Spielfilmen immer auffallen werden, sondern den Film der Republik, den Film der aufstrebenden Arbeiterklasse, den Film der freien Gewerkschaften zu pflegen und mit ihm heranzugehen an die Massen, sie zu begeistern für den neuen Staat, den sie mit frischem Leben erfüllen sollen, sie aufzurütteln zum Kampf gegen alle Feinde der Republik und der eisernen Front der kämpfenden deutschen Arbeiterchaft! Hlgw.